Einzelpreis 30 Pf. Halle, Freitag, den 2. Juli 1920. 31. Jahrgang · Nr. 152

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105695. Hermann Schade

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Was in Brüssel verhandelt wird.

Haag, 1. Juli. Die interalliierte Finanzkonferenz in Brüssel wird morgen ihre Beratungen wieder aufnehmen, die der Verteilung der deutschen Kriegsentschädigung unter den Alliierten gelten. Den Pariser Blättern zufolge dürften die Erörterungen der verbündeten Staatsmänner keinen großen Zeitraum ausfüllen, da eine Einigung im Prinzip bereits besteht. Man rechnet damit, daß die Konferenz bereits am Sonnabend beendet sein wird, worauf die Abreise der Teilnehmer nach Spa am Sonntag erfolgen dürfte.

Dem Amsterdamer Telegraaf teilt man aus Paris aus gutunterrichteten Kreisen mit, daß auf der Brüsseler Zusammenkunft in jedem Falle vollkommene Uebereinstimmung über die Verteilung der deutschen Entschädigungssumme erzielt werden wird. Was die Frage der Bürgerschaft anbetrifft, so sind dabei zwei Dinge zu unterscheiden: Alles, was durch den Vertrag von Versailles festgelegt worden ist, insbesondere die Abrüstung, wird durchgeführt, und es kann sehr wohl sein, daß dafür Bürgschaften gefordert werden. Was aber den finanziellen Teil des Vertrages anbetrifft, so ist es damit etwas ganz anderes. Man kann nicht in Abrede stellen, daß man es mit einer völligen Aenderung des Vertrages und mit einer ganz neuen Feststellung zu tun haben wird, und es kann für die Alliierten keine Rede davon sein, ihren Willen durchzusetzen, weil es dabei nicht nur von Bedeutung ist, was Deutschland bezahlen soll, sondern auch, was es bezahlen kann. Sicher wird jetzt in Spa nichts anderes geschehen, als daß man den Deutschen die Forderungen überreicht und ihre Gegenvorschläge in Empfang nimmt, wenn sie diese aufgestellt haben. Die beiderseitigen Vorschläge werden wahrscheinlich sehr weit auseinanderlaufen. Alsdann werden alle Teilnehmer der Konferenz wahrscheinlich in ihre Länder zurückkehren, nachdem vorher eine neue Zusammenkunft festgesetzt sein wird, die vermutlich wieder in Spa kurze Zeit nach Schluß der ersten stattfinden wird.

•

Gutachten für Spa.

Berlin, 1. Juli. (WTB.) Die Friedensdelegation in Paris überreichte heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelte die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung. Die zweite legt im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerquellen angespannt hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Spa sein. Gleichzeitig wurde ein Gutachten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands, seine Leistungsfähigkeit und Möglichkeit seiner Kräftigung, das von 29 hervorragenden, im wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnet ist, überreicht.

Die Rechtssozialisten in der Klemme.

Um das Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Rechtssozialisten möchten die Regierung der bürgerlichen Koalition stützen, aber sie haben nicht den Mut, für ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu stimmen. Man wollte die Sache nun schlau einfädeln und mit einer Resolution, die ein indirektes Vertrauensvotum darstellt, um die Geschichte herumkommen. Das ist bereitelt worden durch das von der Unabhängigen Fraktion beantragte Mißtrauensvotum. Jetzt heißt es, Farbe bekennen. Den Rechtssozialisten ist das sehr fatal. Der Vorwärts schreibt zu unserem Antrag:

„... Daß dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit angenommen werden würde, haben die Unabhängigen selbstverständlich keinen Augenblick vorausgesetzt. Sie verfolgen also mit ihrem Antrag augenscheinlich nur Demonstrationsabsichten. Insbesondere wollen sie die sozialdemokratische Fraktion vor die Alternative stellen, entweder dem Mißtrauensvotum zuzustimmen oder es abzulehnen. Sie wissen sehr gut, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Antrage der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen.

Aus diesem Grunde aber wird die sozialdemokratische Fraktion dem unabhängigen Antrage ihre Zustimmung nicht geben können. Sie hat gestern abend nach Schluß der Reichstagssitzung bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen."

Die Ausrede des Vorwärts, daß die Ablehnung des Mißtrauensvotums in keiner Weise ein Vertrauensvotum bedeute, ist lächerlich. Es gibt einer Regierung gegenüber eben nur Vertrauen oder Mißtrauen. Wenn die Rechtssozialisten das Mißtrauensvotum der Unabhängigen Fraktion ablehnen, erklären sie sich eben solidarisch mit der bürgerlichen Koalitionsregierung und übernehmen damit auch die Verantwortung für ihre Taten. Das ist der einzige Vorteil des bürgerlichen parlamentarischen Systems, daß es zur Klarheit zwingt.

Es besteht übrigens auch gar kein Zweifel, daß die rechtssozialistische Fraktion nicht die Absicht hat, der neuen Regierung wirklich Opposition zu machen. Sie rechnet damit, daß sie im Herbst doch wieder in die Koalition eintritt und muß sich infolgedessen auf eine Scheinopposition beschränken, um die Wähler zu täuschen. Was an der Unabhängigen Fraktion liegt, wird geschehen, um nach Möglichkeit dieses Spiel zu vereiteln.

Deutschlands Riesenschuldenlast.

265 Milliarden Mark Reichsschulden!

Berlin, 1. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab bei Beratung des Notetats der Finanzminister Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlechte Finanzlage des Reiches. Das Reich habe 265 Milliarden Gesamtschuld, dazu kommen eine Menge großer Ausgaben, sowie das weitere Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich heute im Plenum darüber äußern. An die Forderung von 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Aussprache. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glas betonten, daß vom Ministerium alles getan werde, um die Wohnungsnot zu bannen. Der Kohlen- und Baustoffmangel sowie andere Dinge erschwerten jedoch diese Arbeiten außerordentlich.

•

Die Schulden Englands.

London, 1. Juli. Aus einer amtlichen Uebersicht geht hervor, daß die Gesamtschuld Englands 7 881 868 000 Pfund Sterling betragen, hierin ist die Summe enthalten, die aufgenommen wurde, um den Alliierten Vorschüsse gewähren zu können. Die Schulden der Alliierten in England betragen 1 731 112 000 Pfund Sterling. Von dieser Summe sind 568 Millionen Pfund an Rußland geliehen, 119 500 000 Pfund wurden den Dominiens und Britisch-Indien gegeben. Außerdem stecken in der Gesamtsumme noch Guthaben im Werte von 700 Millionen Pfund. Hiervon wieder werden 300 Millionen Pfund in den Haushaltsplan von 1920/21 als Einnahmen aus verschiedenen Quellen eingestellt. Die Gesamtguthaben aus dem Verkauf von Kriegsmaterial usw. werden auf 2 881 600 000 Pfund beziffert.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Haag, 1. Juli. An den Verhandlungen zwischen Lloyd George und Krassin am Dienstag nahm nur noch der britische Handelsminister und ein Dolmetscher teil. Sie dauerten von 5½ bis 7 Uhr abends und verliefen, nach einer Meldung des Manchester Guardian recht befriedigend. Nur die Frage über die Entschädigung für konfiszierte englische Privatguthaben in Rußland bietet noch Schwierigkeiten, an denen aber die Verhandlungen nicht scheitern können. Vertreter englischer Fabriken verhandeln bereits mit Krassin und legen größten Wert auf einen befriedigenden Verlauf der Beratungen.

Im Gegensatz zu dieser Meldung besagt eine andere aus London, daß die Verhandlungen zwischen Krassin und Lloyd George als abgebrochen betrachtet werden könnten. Die Moskauer Regierung weigert sich, die russische Schuld und die von der früheren Regierung den Alliierten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen anzuerkennen. Die Sowjet-Regierung lehnt es weiter ab, formelle Garantien für die Einstellung der bolschewistischen Propaganda im Orient zu geben. Da die englische Regierung diese zwei Punkte als Hauptbedingungen für die Fortsetzung der kommerziellen Verhandlungen gestellt hat, so lehnt es nun der Oberste Wirtschaftsrat ab, mit Krassin weiter zusammenzukommen. (?)

Der polnische Rückzug.

Paris, 1. Juli. Telegramme von der polnischen Front berichten über einen allgemeinen Rückzug auf der ganzen polnischen Front von Wilna bis Kawenew. Ein Telegramm besagt, daß die Polen von Wilna nach Kowno zurückgedrängt wurden. Das Telegramm ist aber noch nicht bestätigt.

Stockholm, 1. Juli. Wie ein Moskauer Funkspruch berichtet, wurden die Polen an der Front von Kowno von den Bolschewisten schwer geschlagen. Die Roten Heere haben Kowno besetzt.

Haag, 1. Juli. Wie aus London gemeldet wird, mobilisiert Polen nach weitere Truppen und hat alle Männer zwischen 20 und 35 Jahren unter die Waffen gerufen.

Fort mit der Militärjustiz!

Den Reichstagsmitgliedern ist ein Schreiben des Bund Neues Vaterland zugegangen, in dem es unter Hinweis auf die früheren Proteste des Bund Neues Vaterland, des Republikanischen Führerbundes und des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer sowie auf die Ermordung Hans Paasches und den Freispruch der Marburger Studentenmörder heißt:

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammentritt die restlose Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit beschließt, werden die pazifistischen Organisationen auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung dazu aufrufen, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist dem Reichstage bereits zugegangen. Der Tag der ersten Lesung ist aber bisher noch nicht festgesetzt worden.

Reaktionäre Sozialpolitik.

Die Reaktion in Deutschland hat es gut. Bei jedem Versuch oder jeder Gelegenheit, wieder zur Macht zu kommen, findet sie den Boden zur Wiederaufrichtung ihrer Gewalt durch die Regierenden der Republik so trefflich bereitet, daß sie nur den angesponnenen Faden fortzuspinnen braucht, um zum Ziele zu gelangen. Als Kapp und Lüttwitz an der Spitze deutschungriger Landsknechte in Berlin einzogen, fanden sie neben konterrevolutionären Truppen den Belagerungszustand und die Technische Nothilfe vor, alles zur gefälligen Benutzung zur Verfügung gestellt durch die Ebert, Noske, Heine. Jetzt, nachdem die Wahlen der Reaktion den „legalen" Weg zur Macht geebnet zu haben scheinen, tritt die reaktionäre Presse zunächst nach einer Kammer der Arbeit und nach obligatorischen Schiedsgerichten. Und siehe da: wiederum ist alles prächtig vorbereitet. Die Kammer der Arbeit, wie sie reaktionärer nicht sein kann, ist in Gestalt des Reichswirtschaftsrates bereits im Werden, und in der Schlichtungsordnung liegt der Entwurf für ein Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte gebrauchsfertig in den Akten des Herrn Schlicke. Ebenfalls so reaktionär, daß die Herzen der Sippe um Stresemann und Hergt nur so hüpfen werden vor Vergnügen.

Wir haben diesen Gesetzentwurf schon einmal bei einer Betrachtung seiner gemeingefährlichsten Bestimmungen als einen ganz einseitig gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichteten Streich gekennzeichnet. Das auf dem Boden der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit mit Hilfe der berüchtigten Parität erblühte Giftgewächs sucht allerdings zu täuschen.

Das Gesetzpapier verteilt das Recht mit großer Sorgfalt gleichmäßig auf Unternehmer und Arbeiter. Aber diese Parität in der Gerechtigkeit ist schon ein Nachteil für die Gewerkschaften. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen existieren und kämpfen unter so ungleichen Bedingungen, sind so verschiedenen Bewegungsgesetzen unterworfen und folgen so ungleichen Antrieben, daß eine in der Theorie gleiche Behandlung in der Praxis immer zum Vorteil der Unternehmer ausschlagen muß, denn die natürlichen und sozialen Bindungen, die die Bedingungen und Möglichkeiten des offenen Kampfes ohnehin beengen, hemmen die Arbeitergewerkschaften viel stärker als die Unternehmerorganisation. Es ist viel leichter, eine Aussperrung zu machen und zu führen als einen Streik. Daher galt einst ganz allgemein die Auffassung, die Arbeiter seien die wirtschaftlich Schwachen, auch wenn sie organisiert dem gleichfalls organisierten Unternehmertum gegenüberstehen. Eine gesunde Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, ist stets, auch von den mildesten Sozialreformern, als ein Schutz, daß heißt also eine Bevorzugung der wirtschaftlich Schwachen angesehen worden. Hier aber, in der Schlichtungsordnung Schlickes, stoßen wir plötzlich auf ein sozialpolitisches Gesetz, das beide Gruppen gleich und damit die Arbeiter schlechter behandelt, das auf eine solche Art die wirtschaftlich Starken vor den lebensnotwendigen Forderungen der wirtschaftlich Schwachen in Schutz nimmt.

Der Zwang zur Anrufung eines Schiedsgerichts vor einer Bewegung soll nach dem Entwurf für beide Teile gleich sein. Für die Arbeiterorganisationen braucht man diesen Zwang nicht, denn sie haben stets vor einem Streik Verhandlungen versucht und werden sie auch fernerhin stets herbeizuführen trachten. Die Verpflichtung zur Anrufung des Schiedsgerichts bedeutet also nur eine unnötige Einengung der natürlichen taktischen Entwicklung einer jeden Einzelbewegung, deren Bedingungen und Bewegungsgesetze so eigenartig sind, daß es widernatürlich ist, sie unter ein schematisch von außen anzuwendendes Gesetz zu zwingen. Ein solcher Zwang bedeutet eine Schmälerung des Koalitionsrechts und seiner freien Anwendung. Wird diese Unnatur erst fühlbar, so muß sie zur Umgehung des Gesetzes reizen und Versuche zur gewaltsamen Erzwingung der verlorenen Freiheiten hervorbringen. Es ist kein Zufall, sondern die Wirkung eines logischen Gesetzes, daß in Australien, dem Mutterlande der obligatorischen Schiedsgerichtsgesetzgebung, das Aufblühen der syndikalistischen Bewegung zusammenfällt mit der Einführung und Ausbreitung der Schiedsgerichte.

Gegen das Unternehmertum ist der Zwang zur schiedsgerichtlichen Verhandlung weit weniger, vielleicht gar nicht wirksam. Die Strafandrohungen, die der Entwurf bei Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen vorsieht, werden die Koalitionen der Unternehmer nicht treffen. Auch die Anordnungen über die Abstimmung vor einer Aussperrung lassen sie unberührt. Der einzelne Unternehmer aber hat jederzeit das Recht, seinen Betrieb zu schließen. Er braucht nur nach dem Vorbild der preußischen Eisenbahnbehörde zu einem günstigen Zeitpunkt „Unwirtschaftlichkeiten" vorzuschützen. Als Herr Oeser im Januar mit den Schließungen der Eisenbahnwerkstätten begann, bedeutete er auch heilig und hoch, daß von einer Aussperrung keine Rede sein könne. Die Betriebsschließung sei nur notwendig zur Durchführung einer Neuregelung der Betriebsordnung zwecks Hebung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Damit ist durch die Staatsgewalt selbst der Präzedenzfall geschaffen, der eventuelle Entscheidungen bei Klagen gegen ähnliche Maßnahmen privater Unternehmer in Zukunft bei der Zusammensetzung und der Zuständigkeit der Schiedsgerichte und Revisionsinstanzen, wie der Entwurf sie vorsieht, bestimmt beeinflussen wird.

Ebenso unsinnig ist der Versuch, die Unternehmer etwa zur Anerkennung ihrer Vertragsgegner, aber für verbindlich erklärter Schiedssprüche zu zwingen zu wollen. Der Zwang zur Anrufung des Schiedsgerichts und die Möglichkeit der Beschwerde oder Revision verzögert die Erledigung eines jeden Konfliktes ungemein. Bevor nicht alle Instanzenwege des gerichtlichen Instanzenzuges durchlaufen sind, darf sich keine Gewerkschaft rühren. Der Vorsitzende

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0001

des Schiedsgerichts bestimmt die Frist innerhalb der sich die Parteien für die Annahme oder Ablehnung eines Spruches zu entscheiden haben. Er kann den äußersten Zeitpunkt der Entscheidung beliebig lange hinausschieben. Nehmen die Unternehmer den Spruch an, während die Arbeiterorganisationen ihn ablehnen, so muß von diesem Termin an abermals eine Woche verstrichen sein, bevor ein geplanter Streik beginnen darf, sofern der Spruch nicht für verbindlich erklärt wird, was den Streik vollends ausschließt. Das aber sind nur die am meisten ins Auge fallenden Fesseln. Dazu kommen andere Möglichkeiten der Verzögerung, die durch das Recht der Verwaltungsbehörden zum Eingreifen in die Arbeitskonflikte „von Amts wegen" entstehen.

Durch alle diese Verschlingungen und Verschleppungen wird es dem Unternehmertum erleichtert, ja geradezu an die Hand gegeben, Vorbereitungen zur gewaltsamen Abwehr unangenehmer Entscheidungen, deren Möglichkeit wir angedeutet haben, zu treffen. Wir müssen von dieser Seite auf alles gefaßt sein. Die Haltung der organisierten Unternehmer gegenüber dem Betriebsrätegesetz beweist, wie geschickt und skrupellos sie den Widerstand gegen unbequeme Gesetzesbestimmungen zu organisieren verstehen.

Betrachten wir dazu die weitgehenden Machtbefugnisse, die der Entwurf den Verwaltungsbehörden geben will, und vergegenwärtigen wir uns den Charakter dieser Verwaltungsbehörden, so bedarf es keiner Prophetengabe, um vorauszusehen, daß den Gewerkschaften aus alledem unentrinnbare Bindungen ihrer Bewegungsfreiheit erwachsen werden, während das Unternehmertum sich nur insofern an die Bestimmungen des Gesetzes wird zu halten brauchen, wie es ihm genehm ist.

Die Gewerkschaften werden diesen Weichselzopf von Niedertracht und Dummheit, gewachsen am Kopf eines sozialistischen Arbeitsministers, restlos abschneiden müssen. Lassen sie sich auf diesen Leim locken, dann sind sie verloren. Nicht nur, daß die Gewerkschaften durch ein solches Gesetz lahmgelegt werden, nein, es würde auch die Gefahr auftauchen, daß die Arbeiterschaft einem Versuch der Gewerkschaften, mit diesem oder einem ähnlichen Gesetz zu arbeiten, nicht lange zögernd zusehen, sondern ihnen den Rücken kehren und neue Organisationen bilden wird, um mit gewaltsamen Mitteln den Weg zurück zum Recht zu suchen. Auf die Wirkung der Schiedsgerichtsgesetzgebung auf den Charakter der Gewerkschaften in Australien haben wir schon hingewiesen. Unfrei, ihrer natürlichen Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, ist die Gewerkschaftsbewegung nicht lebensfähig. Schon die freiwillig gewählten Freiheitsbeschränkungen, die die Gewerkschaftsinstanzen, einem verfehlten taktischen Prinzip folgend, den Organisationen vielfach auferlegen und besonders in letzter Zeit auferlegt haben, haben die Gewerkschaftsbewegung in eine Krise geworfen und ihre Einheit bedroht. Mit der Freiheit der Gewerkschaften stehen Einheit und Bestand der Bewegung auf dem Spiel. Im Kampf gegen das Gesetz müssen die Gewerkschaften mit ihrer Freiheit ihre Geschlossenheit verteidigen. Die deutschen Gewerkschaften haben den Staatsstreichversuch der Kapp und Genossen bekämpft, sie werden auch gegen die Ansprüche der legalen „demokratisch" fundierten Reaktion der kapitalistischen Parteien kämpfen müssen, wenn es sein muß, mit dem gleichen Mittel, mit dem sie gemeinsam mit den sozialistischen Parteien den Putsch niederzwangen.

Militärputschistische Kulissenarbeit.

Aus Hamburg wird uns folgendes mitgeteilt: Unmittelbar nach der Verhängung des Belagerungszustandes in Hamburg veröffentlichte das 8-Uhr-Abendblatt in Berlin eine angebliche Meldung der Hamburger Nachrichten, daß starke Truppentransporte der Reichswehr nach Hamburg unterwegs seien. Diese Meldung ist den Tatsachen vorausgeeilt. Sie hat gezeigt, was die Wünsche der Rechtsputschisten sind. Man kann als sicher annehmen, daß in der Tat die Entsendung von Reichswehrtruppen geplant und vorbereitet gewesen ist, daß sie aber zunächst unterblieben ist, weil wahrscheinlich den beteiligten militärischen Stellen der Zeitpunkt noch nicht gelegen schien.

In diesem Zusammenhange gewinnen Ausführungen Bedeutung, die in der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft der rechtssozialistische Parteisekretär Herr Hense machte. Er stellte die aufsehenerregende Tatsache fest, daß der General des 9. A.-K. Verhandlungen mit einem ehemaligen Leiter der Hamburger Einwohnerwehr führt, in denen erwogen werde, wie man gemeinschaftlich am besten „den Bolschewismus bekämpfen" könne. Zu diesen Verhandlungen hat Hense gewünscht, herangezogen zu werden. Seine Teilnahme ist abgelehnt worden, weil er „nicht rein genug" sei. Hense sprach aus, daß man nach solchen Feststellungen mit dem Bolschewismus von rechts rechnen müsse.

Diese Ausführungen werfen ein helles Schlaglicht auf die dunklen Treibereien der Reaktionäre. Nach sicheren Nachrichten soll sich Major Fischer in Hamburg befinden und in Verbindung mit den Vorbereitern eines reaktionären Putsches stehen. Die Arbeiterschaft muß alle diese Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit verfolgen!

Habsburgische Umtriebe in der Schweiz.

Zürich, 1. Juli. (WTB.) Im Züricher Volksrecht wird in auffälliger Form über habsburgische Umtriebe in der Schweiz und über die Vorbereitungen eines monarchistischen Putsches in Oesterreich geschrieben. Neben einer Menge von Einzelheiten wird die Tätigkeit des Prinzen Windischgrätz in der Schweiz und in Ungarn behandelt, ferner die Propaganda der Umgebung des „Kaisers" Karl und der Agence Centrale. Als Organisationsmittelpunkte werden die Schweiz und das Wiener Kasino bezeichnet. Die finanziellen Führer seien Dr. Friedmann, Dr. Weichenauer und der Großindustrielle Schlimp. Das Kapital betrage 22 Millionen Kronen. Von den österreichischen Führern wird in erster Linie der Abgeordnete Teufel genannt. Die militärische Organisation fuße auf der christlichsozialen Offiziers-Vereinigung und der Gruppe der unpolitischen aktiven Offiziere. Die ganze Veröffentlichung wird vom Volksrecht als von vorzüglich unterrichteter österreichischer Seite herrührend bezeichnet. Sie bringt, wie die Züricher Post bemerkt, so bestimmte Angaben, daß die zuständigen schweizerischen Behörden daran nicht achtlos vorübergehen können. Sind sie richtig, wäre die Schweiz der Mittelpunkt einer auf den Umsturz der österreichischen Republik gerichteten Bewegung, dann würden die schweizerischen politischen Behörden wohl nicht zögern, einen solchen Mißbrauch des Gastrechts dadurch ein Ende zu machen, daß sie die österreichischen Herrschaften ersuchen, ein anderes Feld für ihre Tätigkeit zu wählen.

Kampfpause in Italien.

Rom, 1. Juli. Nach einer Stefani-Meldung ist die Arbeit in Rom in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Stadt ist ruhig, auch in Ancona und den Städten der Provinz herrscht Ruhe.

Rom, 1. Juli. Agenzia Stefani. Wie die Blätter berichten, betrug die Zahl der Opfer der Unfälle in Ancona nach amtlichen Feststellungen: 24 Tote, darunter 9 Polizeibeamte, sowie 71 Verwundete. Man glaubt, daß sich eine große Zahl verletzter Personen nicht gemeldet hat. Wie Messaggero meldet, traf General Albricci, der ehemalige Kriegsminister, in Ancona ein, um eine militärische Untersuchung einzuleiten.

Tolles Zensurstücklein.

Vorzensur zugunsten eines kappistischen Offiziers!

Ein ungeheuerliches aber zugleich komisches Stücklein hat sich die von Herrn Ebert über das Gothaer Vaterländchen eingesetzte Zwangsregierung geleistet. Als Reichsexekutiv-Vollstrecker haust in Gotha bekanntlich Herr Holle, ehemals Oberbürgermeister von Essen und Verfasser und Agitator schwungvoller Heldengedichte auf weiland Wilhelm den Letzten. Es hat sich als Ziel gesetzt, die Unabhängigen auszurotten — und verfolgt dies erhabene Ziel mit bitter ernst gemeinten aber manchmal sehr heiter wirkenden Mitteln. Von seinen ernsten Heldentaten reden wir heute nicht; wir halten uns dagegen an das neueste Produkt seiner großartigen, im Namen des heiligen Deutschen Reiches ausgeübten Ordnungsregiererei.

Da hat dieser Tage das Gothaer Volksblatt einen Leutnant Sieland bei seiner Rückkehr nach Gotha spöttisch begrüßt und darauf hingewiesen, daß der Kappist Sieland für das Blutbad unter den Thüringer Arbeitern beim Kapp-Putsch verantwortlich sei. Am Sonnabend, den 19. Juni, erschien der Artikel und am Montag hatten Redaktion und Verlag folgende erhabene Verfügung in Händen:

Der Reichsregierungskommissar für Sachsen-Gotha. Gotha, den 21. Juni 1920.

„Der Aufsatz: Heil und Segen dem Zurückgekehrten in Nr. 102 des Gothaer Volksblatts vom 19. Juni 1920 beschäftigt sich mit der Person des Leutnants Sieland in Gotha in einer Weise, daß die persönliche Sicherheit des Angegriffenen außerordentlich gefährdet erscheint. Auf Grund der §§ 5 und 7 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 10. April 1920 bestimme ich:

Schriftsätze im Gothaer Volksblatt und der im gleichen Verlag hergestellten Druckschriften, die sich mit der Person des Leutnants Sieland beschäftigen, unterliegen mit dem heutigen Tage der Vorprüfung. Die Fahnenabzüge sind mir in Doppel vorzulegen, beanstandete Teile sind vom Abdruck und von der Verbreitung ausgeschlossen. Auch die etwa beabsichtigte Veröffentlichung der vorliegenden Anordnung unterliegt dieser Vorprüfung.

Holle."

Zunächst stellt das Gothaer Volksblatt fest, daß das persönliche Wohlbefinden oder gar das Leben des Herrn Sieland keineswegs irgendwie gefährdet ist. An diesen Herrn vergreift sich kein Arbeiter! Auffällig erscheint nur, daß Herr Holle nicht daran gedacht hat, einzuschreiten, als die reaktionäre Presse und Parteien während der wüsten Wahlkämpfe in Gotha „zum Sturze der USP.-Regierung" in Presse, Flugblättern und Versammlungen eine direkte Pogromhetze gegen unseren Genossen Geithner und andere Arbeiterführer als „Urheber des Gothaer Blutbades" insenierten.

Als nun dieser Tage die Redaktion dem komischen Diktator Holle einen Aufsatz „zur Vorprüfung" vorlegte, in dem auch der Leutnant Sieland erwähnt wurde, strich Herr Holle alle Stellen heraus, **die sich auf das Blutbad der Marburger Mordstudenten in Bad Thal bezogen!** Lieber Leser, merkst du was? Das gibt so einen kleinen Blick in die Hintergründe der hochwohlweisen Regierungskunst eines — Reichskommissars des Herrn Ebert.

Soweit haben wir die lidele Geschichte nur komisch genommen. Aber darüber hinaus ist es ein himmelschreiender Skandal, daß man die deutsche Preßfreiheit zugunsten kappistischer Offiziere stranguliert. Vielleicht hat man es in Gotha mit dem ersten Versuch einer neuartigen Preßtotschlagung zu tun. Gelingt er, so könnte zum Beispiel in Halle verfügt werden: das Volksblatt hat den Herrn Oberst Caettritz oder Leutnant Schulze oder Oberbürgermeister Rive kritisiert, wodurch seine persönliche Sicherheit gefährdet erscheint; Schriftsätze über den Oberbürgermeister unterliegen von jetzt an der Vorprüfung.

Wir lachen jetzt noch über solche idelen Beispiele. Aber wenn erst die Reaktion zu den vielen dreisten Schritten noch ein Dutzend frechere gemacht haben wird, so wird vielleicht auch diese Phantasie einmal Wirklichkeit.

Aber vielleicht nimmt dann die organisierte Arbeiterschaft Herrn Holle oder seinen Nachahmern den Rotstift freundlichst aus der Hand . . .

Lebensmittelunruhen.

In Worms ist es zu Demonstrationen, Kämpfen und Plünderungen gekommen. Die kapitalistische „Ordnungs"-Presse stellt die Dinge wie folgt dar:

Nachdem gegen 7 Uhr der nach Tausenden zählende Demonstrationszug sich aufgelöst hatte, hatten sich an allen Ecken und Enden der Stadt große Trupps jugendlicher zweifelhafter Elemente zusammen, die in später Abendstunde mit der Plünderung begannen. Die geschlossenen Geschäfte wurden erbrochen und die Waren herausgeschleppt. In erster Linie wurden Schuhgeschäfte, Lebensmittel- und Zigarrengeschäfte ausgeplündert. Die Geschäfte haben erneuten Unruhen durch die **Herabsetzung der Preise für Schuhe und Lebensmittel bis zu 200 Prozent vorzubeugen gesucht.** In den Abendstunden am Mittwoch setzten sich die Plünderungen fort. Alle großen Kolonialwarenläden, sowie Schuhwarengeschäfte und Kleidermagazine wurden gänzlich ausgeräumt. Der Schaden dürfte etwa 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Gegen Mitternacht griffen französische Patrouillen ein. Die Straßen wurden „gesäubert". Die Preise aller Waren sind erheblich gesenkt worden.

Der Protest gegen den Steuerabzug.

Mit Rücksicht auf die in weiten Kreisen Württembergs herrschende Mißstimmung über den Steuerabzug hat der württembergische Finanzminister Liesching ein Telegramm an die Reichsregierung gerichtet, in dem er um die Ermächtigung bat, den Steuerabzug bis zur Entscheidung über den Initiativantrag des Reichstages hinausschieben zu dürfen. Eine Antwort ist noch nicht eingetroffen.

*

Der Reichstag beschloß drei dringende Anträge, die übereinstimmend die vorläufige Aussetzung des zehnprozentigen Abzuges vom Lohn fordern, gemäß dem Beschluß des Aeltestenausschusses an einen 9gliedrigen Ausschuß zu überweisen, der seine Beratungen unverzüglich aufnehmen und vielleicht schon am Freitag darüber berichten wird.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 1. Juli. (WTB.) Nach einer amtlichen Mitteilung sah sich die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die über die Durchführung des Boykottbeschlusses gegen Ungarn unter dem Eisenbahnpersonal Oesterreichs entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Gefährdung des Betriebes führten, heute abend gezwungen, den Eisenbahnverkehr nach Ungarn einzustellen.

Wien, 1. Juli. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der ungarischen Regierung und den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben gestern angeblich zu einer Einigung geführt. (?) Man nimmt daher an, daß der Boykott gegen Ungarn in den nächsten Tagen aufhören wird. (?)

Die Quelle, aus der diese Nachricht stammt, scheint von der Horthy-Sippe getrübt zu sein, die gewiß den lebhaften Wunsch hegen mag, baldigst von dem Drucke des Boykotts befreit zu sein. Aber die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes würden ihre Pflicht aufs schwerste verletzen, wenn sie auf einen Schelmen der ungarischen Verbrecher-Regierung nicht anderthalben setzen würden. Ohne sichere Bürgschaften darf der Boykott nicht aufgehoben werden. — Uebrigens kann eine Entscheidung noch gar nicht gefallen sein, da Fimmen, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nach Brüssel zurückgereist ist, wo vorerst über das weitere Vorgehen gegen Ungarn noch beraten werden soll.

Die Spitzelpresse kneift!

Der Berliner Lokalanzeiger hat auf den Vorwurf der Freiheit, daß seine Angaben über große Vorbereitungen und Bewaffnung der Roten Armee, die dem Dokument eines Kuriers entstammen sollten, ein Spitzelmachwerk seien, erwidert, daß seine Informationen aus Schriftstücken stammten, die einen Namen trügen, der bis weit in die Reihen der Linksradikalen ungeschmälertes Ansehen genießt. Für ihre Richtigkeit bürge das Urteil eines Mannes, der alles andere eher, nur keiner reaktionären Gesinnung verdächtig sei, und diese Persönlichkeit selbst erhebe bestimmte Forderungen zur Abwehr der Gefahr. Er verlangt die beschleunigte Unschädlichmachung der radikalen Führer, die Beseitigung aller ungesetzmäßigen Körperschaften und die Auflösung aller politischen Ortswehren und Ersatz durch unpolitische Polizei. Die Freiheit bemerkt dazu: „Sollte der Lokalanzeiger sich nicht entschließen, den Namen des angedeuteten geheimnisvollen Mannes zu nennen, so bleibt der Vorwurf gemeiner und feiger Verleumdung an ihm haften."

Der Reichswirtschaftsrat.

2. Sitzung. Donnerstag, den 1. Juli 1920.

Eine Beschwerde. Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Dr. Gerlich folgende Beschwerde vor: Wir müssen leider wahrnehmen, daß wir hier in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses wenig gern gesehene Gäste sind. (Hört, hört!) Dieser Zustand hat sich noch dadurch verschärft, daß der Präsident der Preußischen Landesversammlung, Herr Leinert, den Auftrag gegeben hat, das Gebäude lahlzuräumen und Diener und Läufer zu entfernen. (Lebhaftes Hört, hört!) Dadurch soll uns die Anwesenheit erleidet werden. Ich beantrage, daß das Präsidium beauftragt wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, um uns recht bald ein würdiges Unterkommen zu verschaffen. (Lebhafter Beifall.

Es wird beschlossen.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsregierung bestrebt ist, Ihnen das Unterkommen in diesem Hause so behaglich als möglich zu machen. Wir bedauern es lebhaft, daß durch verschiedene Ressortstreitigkeiten es bisher noch nicht gelungen ist, dies so zu erreichen, wie wir es möchten. Es wird mein ernstes Bestreben sein, Ihnen alle Annehmlichkeiten zu verschaffen, die ein Parlament von der Bedeutung des Reichswirtschaftsrates beanspruchen kann. (Lebh. Beifall.)

Die Stillegung von Betrieben.

Abg. Wissell begründet darauf seinen Antrag. Angesichts der notwendigen Rohstoff- und Lebensmittelzuführung ist unbedingt die Vermehrung der inländischen Gütererzeugung notwendig. Trotzdem werden nun Betriebe geschlossen, weil sie aus irgendwelchen Gründen nicht lohnend sein können. Man sollte glauben, wir leben in einer verkehrten Welt. Wir haben die Pflicht, solchen Erscheinungen entgegenzutreten. Dem einzelnen muß die Möglichkeit zur pflichtgemäßen Anteilnahme an der Produktion gegeben werden. Alle mit diesem Problem zusammenhängenden Fragen müssen gründlich und schleunig geklärt werden. Der wirtschaftspolitische Ausschuß reicht dafür nicht aus, er muß mit dem sozialpolitischen die Dinge gemeinsam beraten. Der Antrag wird den Ausschüssen überwiesen.

Abg. Jäckel (US.) führt Beschwerde darüber, daß die Textilarbeiter im wirtschaftspolitischen Ausschuß nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai sind in der Textilindustrie Zehntausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichen zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müssen in Gemeinwirtschaft übernommen werden. (Unruhe!)

Nach weiteren Besprechungen vertagt sich der Reichswirtschaftsrat auf unbestimmte Zeit.

Die Diäten.

Unter Umgehung des Reichstages hat die Regierung eine Diätenordnung für den Reichswirtschaftsrat festgesetzt, welche die Reichsfinanzen nicht unerheblich belastet. Die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder bestimmt:

„Die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erhalten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu der Körperschaft und für die folgenden acht Tage freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen, ferner eine Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem sie an einer Sitzung der Vollversammlung oder eines Ausschusses teilgenommen haben. Die tägliche Entschädigung beträgt für Groß-Berliner Mitglieder 50 Mk., für die übrigen 100 Mk. Für die Hin- und Rückreise erhalten die auswärtigen Mitglieder eine Reiseentschädigung von je 100 Mk."

Die Verordnung ist im Grunde genommen rechtsungültig. Sie greift in das Budgetrecht des Reichstages ein und muß mindestens vom Reichstage genehmigt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat 360 Mitglieder.

Bodenreform in Litauen.

Kopenhagen, 1. Juli. Wie Berlingske Tidende aus Kowno meldet, hat die litauische Regierung gestern in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über eine große Bodenreform in Litauen eingebracht. Der Gesetzentwurf betrifft die allmähliche Uebernahme allen größeren Bodenbesitzes durch den Staat. Ferner wird in ihm verlangt, daß alle Majorate, Krongüter, Waldbestände, Seen usw. Eigentum des Staates werden sollen. Innerhalb der Parteien herrschen tiefe Meinungsverschiedenheiten über den Gesetzentwurf.

Notizen.

„Unpolitischer" Landtagspräsident. Im Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung wurde ein demokratischer Vermittlungsantrag angenommen, wonach der Landtagspräsident aus Gegengewicht zum Staatsratspräsidenten keiner Partei angehören darf.

Steinkohlengesetz. Ein Gesetzentwurf zur Aufschließung von Steinkohlenfeldern ist der Preußischen Landesversammlung zugegangen.

Die Abstimmung in Oberschlesien. Der Alliierten-Rat hat die Volksabstimmung in Oberschlesien auf die zweite Oktoberwoche festgesetzt.

Die Lage des Landarbeiterstreiks in Pommern bleibt, wie die kapitalistischen Blätter berichten, ernst. Der Landarbeiterverband übe angeblich im Kreise Belgard einen „starken Terror" gegen die Arbeitswilligen aus.

Die französischen Arbeiter gegen die Orient-Expedition. Aus Frankreich meldet die Presse: Die französische Sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Arbeitsbund haben in ganz Frankreich eine Protestbewegung gegen die Expedition nach dem Orient organisiert.

Krassin. Aus London wird gemeldet, daß Krassin nach Moskau abreisen werde, um sich von der Räteregierung neue Weisungen einzuholen.

Im Kampfe um Irlands Freiheit. London, 1. Juli. Das Hauptbureau der Polizei im Norden der Stadt Cork ist durch eine Bombe teilweise zerstört worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0002

Klare Klassenkampfrede im Reichstage.

Abg. Henke zur Lage.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung, Donnerstag, den 1. Juli.

räsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. nträge sämtlicher Parteien auf Einsetzung eines Ausschusses 28 Mitgliedern zur **Beseitigung von Härten bei Erhebung Einkommensteuer durch Abzug von Arbeitslohn** werden ohne sprache angenommen. Der Ausschuß soll sofort nach Schluß Sitzung zusammentreten.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

bg. Müller (Franken, Soz.): Ledebour hat gemeint, wir n in den Wahlen nach allen Regeln der Kunst zusammenuen worden. Wenn die Unabhängigen einmal nach ihren nzipien 1½ Jahre regiert haben, dann werden sie dasselbe ern. (Sehr richtig! Widerspruch b. d. US.) Viele Wähler en die Wahl immer noch für eine passende Gelegenheit, um an der Regierung zu rächen und haben noch nicht begriffen, die Macht heute beim Volke liegt. Unser Brief an Crispien e bezwecken, die Möglichkeit zu klären, eine starke sozialistische ierung herzustellen mit dem Zweck, die Republik zu erhalten, Errungenschaften der Revolution auszubauen und eine prazische Außenpolitik zu betreiben. Und schon die gewünschte Ausche über eine solche Möglichkeit ist abgelehnt worden. (Hört, ! — Unruhe b. d. US.) Sie hätten die Pflicht gehabt, Ihre rgie mit der unseren zu vereinen. (Sehr richtig!) Es sollte ngeblich nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes t erlaubt sein, daß Sozialisten mit Bürgerlichen zusammen eren. Ich weiß nicht, wer das ausgeheckt hat, aber ich weiß, einer der hervorragendsten Unabhängigen, **Kautsky**, das enteil gesagt hat und daß die österreichischen Genossen, inklusive Genossen Bauer, es seit Monaten tun. (Andauernde Unruhe . US.) Wenn Ledebour weiter behauptet, wir hätten nicht r die reine sozialistische Lehre, so möge er sich doch zuerst mit Leuten noch weiter links von ihm auseinandersetzen, besonders den Moskauer Heiligen, bei denen die Unabhängigen als kleingerlich und reaktionär gelten. (Heiterkeit b. d. Mehrheit, lebe Unruhe b. d. US.) Meine Partei unterscheidet sich von der bhängigen dadurch, daß sie es **ablehnt, die Spuren der russischen ialisten zu betreten.** Bei aller Kritik der Reichswehr, die gegenüber ihren Ausschreitungen immer geübt haben, erkläre egenüber den Angriffen Ledebours auch heute noch, **daß mein und Noske sich den Dank des Vaterlandes gesichert hat.** (Bei- — Höhnische Zurufe der US.) Eine Staatsform kann man h ein revolutionäres Dekret mit einem Schlage ändern, aber Wirtschaft ist ein eigener Organismus, der nicht durch einen aß geändert werden kann, sondern der seine eigenen Entwicksgesetze hat. (Lebhafter Beifall. — Zurufe der US.) Wäh des Wahlkampfes ist immer behauptet worden, daß wir llenjäger und Kleber seien, dagegen gab es keinen besseren enbeweis als durch die Tat. Wir sind davon überzeugt, daß wir t nur Deutsche, sondern europäische, kosmopolitische Politik ben müssen, während die Deutsche Volkspartei von ihrer natioistischen niemals abgehen wird. (Zurufe.) Meine Partei hat t die Verantwortung gescheut. Das haben wir in den sechs ren deutlich genug bewiesen, sowie auch ein zweites: daß wir Vaterland stets über die Partei stellen. (Lebhafter Beifall . Soz.) Wenn wir Sozialdemokraten das Steuer des Reichsffes aus der Hand gelegt haben, so sind wir **trotzdem auf diesem iff geblieben** und sind bereit, in jeder Not, in alter Verantungsfreudigkeit wieder für das Vaterland und das deutsche t einzutreten. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

egenüber dem Zwischenruf des Abg. Dr. Helfferich, daß es her besser war, stelle ich fest, daß die Anfänge der jetzigen anzkrise schon bis in die ersten Zeiten des Krieges zurückfen. Der eigentliche **Raubbau an der physischen, materiellen finanziellen Kraft** unserer Nation begann im Jahre 1917. Krieg wurde dauernd kostspieliger, die Teuerung stieg, eine schreitende volkswirtschaftliche Verarmung trat ein. Mit dem itärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die adezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld. **Die uidation des Krieges kostete Monat für Monat Milliarden** und auch weiterhin noch große Summen verschlingen. Der Haus des Jahres 1919, die geradezu fabelhafte Summe von rund Milliarden übersteigt geradezu jedes Vorstellungsvermögen. **Milliarden entfallen davon auf den Kriegsfonds,** 17 Milliar werden zur Ausführung des Friedensvertrages eingestellt und Milliarden für die Abwicklung und Wiederherstellung verdet. Die wichtigsten Ausgaben für

den neuen Etat von 1920

en sich wie folgt: 23,8 Milliarden fortdauernde Ausgaben und Milliarden einmalige Ausgaben. Davon entfallen auf **die chsschuld 12,4 Milliarden,** Pensionen, Militärrenten und terbliebenenversorgung 3,9 Milliarden; auf die neue Beungsordnung 3 Milliarden, für die Volksernährung 3 Milliar, für Heer und Marine 1,9 Milliarden, für das Reichsarbeitsnisterium einschließlich der Behandlung der Kriegsbeschädigten . 1,1 Milliarde, für alle übrigen Zwecke 2,7 Milliarden. **Die nahmen des ordentlichen Haushalts sollen ergeben** an Vertungseinnahmen 0,2 Milliarden, an direkten und Verkehrsuern 10,8 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchssteuern Milliarden, an einmaligen direkten Steuern 3 Milliarden, an nahmen aus dem Bankwesen und an Ausfuhrabgaben Milliarden und an Einnahmen aus noch nicht bewilligten uern 2,9 Milliarden. Wenn diese letzte Summe bewilligt wird einkommt, dann wird im ordentlichen Haushalt zum ersten l seit der Vorkriegszeit wieder ein Gleichgewicht zwischen nahmen und Ausgaben erzielt werden. Im außerordentlichen ushalt sind vorgesehen: 11,6 Milliarden Mark, darunter Milliarden Mark für den Friedensvertrag, die voraussichtlich r nicht ausreichen, 2½ Milliarden für Abwicklung des alten res und der alten Flotte. Die Ausgaben für die Kriegsangenen und ebenso die infolge der Tumultschäden sind mit je er Milliarde Mark angesetzt. **Die Post rechnet mit einem Fehlrag von 870 Millionen Mark, die Eisenbahnverwaltung mit bis 15 Milliarden Fehlbeträgen.** Ursachen dieser Fehlbeträge

der Raubbau während des Krieges

unserem Verkehrswesen. Das Verkehrswesen kann mit Rückt auf die eigene Rentabilität und mit Rücksicht auf die Volkstschaft die Tarife nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlräge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamtaufnd aus dem außerordentlichen Etat von 26,6 bis 27,6 Milliarden rk, so daß wiederum

ein Etat von insgesamt 54½ bis 55½ Milliarden

uns steht. Bei derartigen Anforderungen wachsen selbstständlich die Schulden des Reiches lawinenhaft. **genwärtig betragen sie rund 209 Milliarden.** Da das Reich h aufzukommen hat für Kriegsaufwendungen der Länder und meinden, ferner für die Abfindungen im Zusammenhang mit Uebernahme der Eisenbahnen, so ergibt sich

eine Reichsschuld von 265 Milliarden Mark.

rade weil man im Kriege nicht an das Steuerzahlen gewöhnt rden ist, ist unsere heutige Finanzlage so außerordentlich trost. Die Folgen von etwaigen Steuersabotagen wären nicht ausdenken und müßten in erster Linie den Arbeiterstand treffen. r stehen vor Spa und damit vor unserem Schicksal, ja vor dem hicksal Europas. (Lebhafte Zustimmung.) Raubt man dem huldner die Möglichkeit zu arbeiten, sich wirtschaftlich über sser zu halten, dann beraubt man sich selbst seiner Forderungsble. (Zustimmung.) **Das ganze Wiedergutmachungsproblem ist das Problem der Produktion.** Der Geldschleier muß zerrissen, die Milliardenpsychose überwunden werden. Halten wir uns Tag für Tag, Stunde um Stunde vor Augen, **daß wir arm, bettelarm geworden sind,** daß jeder von uns opfern und seine letzten und besten Kräfte hergeben muß. (Anh. Beifall.)

Abg. Henke (US.):

Die Unabhängige Sozialdemokratie steht nicht auf dem Standpunkt, daß **der Kampf zwischen dem Kapitalismus und Proletariat im Parlament ausgefochten wird. Nur die Diktatur des Proletariats kann die Diktatur der Offizierskaste brechen** und das Mittel dazu ist in erster Linie **der Ausbau der Räteorganisation.** Deshalb lehren wir die Arbeiter, daß ihr Ziel nur im Klassenkampf erreicht werden kann. Wir wissen die anderen Weltanschauungen im einzelnen wohl zu würdigen. Der Kampf konzentriert sich jedoch auf die beiden:

die bürgerliche und die proletarische Weltanschauung.

Von diesem Kampf hat man aber in diesen Tagen wenig gehört. Es wird vielmehr versucht, die Gegensätze zu verwischen. Das Proletariat vertritt die Zukunftsinteressen und damit die Interessen einer höheren Kultur. Diesen Kampf sieht meine Partei als ihre Aufgabe an. Jede Partei, die sich Sozialdemokratie nennt und nicht mit der Erfüllung dieser Aufgabe beschäftigt ist, hat **das Anrecht auf ihren Namen verwirkt.** (Beifall b. d. US.) Die bürgerliche Wissenschaft spottet gern über die proletarische Weltanschauung. Sie hat nicht begriffen, daß sich die deutschen Arbeiter mit Recht als

die Erben der klassischen Philosophie

betrachten können. In den Betrieben der Großindustrie gehen den Arbeitern die Erkenntnisse der Naturwissenschaften auf, dort wurden sie befreit von dem religiösen Wust, der ihnen in der Volksschule in den Kopf gesetzt worden ist. Die Arbeiter wissen, daß **die materialistische Geschichtsauffassung und die Mehrwertlehre von Karl Marx** die Grundlagen ihrer Weltanschauung ist und daß sie sich deshalb mit ihnen vertraut machen müssen. Die Sozialisierung ist nur möglich, wenn man sich diese Grundlagen zu eigen gemacht hat. Was Herr Stresemann als Sozialisierung bezeichnet hat, verdient diesen Namen nicht.

Am krassesten hat hier ein Mann die bürgerliche Weltanschauung vertreten, der sich Sozialist nennt, Herr Scheidemann. Wir werden ihm und seinen Freunden die staatsmännische Maske vom Gesicht reißen. (Beifall b. d. US.) Nach rechts ist bei den Wahlen nur ein kleiner Teil des Volkes abgeschwenkt, der Sehnsucht hat nach dem Ungarn des Weißen Terrors. Herr Hergt hat hier nur der Welt den Schmerz darüber geklagt, daß er von der Regierungskrippe ausgeschlossen ist. Den Grund für diesen Ausschluß der Deutschnationalen hat uns Herr Schiffer erzählt: er scheint die Deutschnationalen gleichsam als vaterlandslose Gesellen zu betrachten. (Heiterkeit.) Noch interessanter war für uns **das Werben der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Sozialdemokratie.** Die Koalitionsparteien schmollen mit dem in der Ecke stehenden Freunde. Herr Müller hat gemeint, hier eine große Lippe ertönen lassen zu müssen; aber wir werden den Arbeitern draußen zeigen, daß sie niemals

demagogischer angelogen worden sind.

(Zustimmung b. d. US.) Müllers Rede sollte man eigentlich öffentlich anschlagen. Sie wird die Flucht der Wähler von der Sozialdemokratie weg noch beschleunigen. (Sehr richtig! b. d. US.) Müller hat die Kriegspolitik verteidigt. Er lobt insbesondere Herrn Noske und er muß ihn loben, denn Noske ist ja zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden, ausgerechnet Herr Noske, den die Arbeiter hassen gelernt haben wegen seiner Brutalität und wegen seiner

Zuhälterdienste für den deutschen Kapitalismus.

(Beifall b. d. US., Lachen b. d. Soz.) Unter der Politik, die Herr Müller gemacht hat, sind **viele Arbeiter getötet worden, haben Tausende von Arbeitern in den Gefängnissen geschmachtet.** Wer Noske heute verteidigt, ist genau so wenig wert wie er. Die Politik der Mehrheitssozialisten war ein

Verrat an den Interessen des Proletariats.

Herr Müller hat wie eine Landpomeranze gefragt: wo sind denn die Grundsätze, gegen die wir verstoßen haben? **Die sind gegeben in den Beschlüssen der Internationale.** (Sehr richtig! b. d. US.) Da ist beschlossen worden, daß **eine Arbeiterpartei sich niemals an einer Koalitionsregierung beteiligen darf.** Und warum sie das nicht darf, dafür hat den Beweis die Haltung der Sozialdemokratie in der Koalitionsregierung erbracht. Bald werden das alle Arbeiter erkennen. Man spekulierte darauf, daß die Arbeiter von uns „abfallen" würden, wenn wir es ablehnten, in die Regierung einzutreten. Die Gemeindewahlen in Berlin haben bewiesen, daß diese Spekulation falsch war. Aber die Spekulation der Mehrheitssozialisten ging weiter. **Sie haben das Odium der Entlassung vieler Offiziere und vieler Mannschaften,** die sich aus der Unterschrift von Spa ergeben wird, **nicht auf sich nehmen wollen.** Zu gleicher Zeit, als man uns aufforderte, in die Regierung einzutreten, hat der mehrheitssozialistische Parteivorstand ein vertrauliches Rundschreiben ausgesandt, in welchem er damit rechnet, daß nicht die Unabhängigen, sondern die Rechtsparteien in die Regierung eintreten. (Hört, hört! b. d. US.)

Und das bezeichnet er als erwünscht!

(Lebhaftes Hört, hört! b. d. US.) Weiter heißt es dort, Ebert sollte Präsident bleiben, sonst gehe der Achtstundentag und die anderen Errungenschaften der Revolution verloren. (Lachen b. d. US., Zuruf des Abg. Müller (Soz.): Ich weiß nichts von dem Rundschreiben.) Na schön, dann hat man sich gesagt: wir sagen Hermann nichts davon, dann weiß er von nichts. (Heiterkeit.) Man könnte dieses Kapitel der Auseinandersetzung der Mehrheitssozialisten mit den bürgerlichen Parteien vielleicht schließen mit der Ueberschrift:

„Betrogene Betrüger".

Diese Auseinandersetzung hat aber weiter die Zerklüftung der bürgerlichen Parteien bewiesen und darüber freuen wir uns. Die Folge wird sein, ein Mißtrauen bei Ihnen (nach rechts) gegenüber der Sozialdemokratie und Ihr (zu den Soz.) erzwungenes Verharren in der Opposition. Oder die Sozialdemokratie muß sich den Bürgerlichen auf Tod und Leben verkaufen.

Beweise für das Vorhandensein von Roten Armeen hat auch Herr Trimborn nicht erbringen können, aber er möchte uns doch gern etwas an die Rockschöße hängen.

Alle Nachrichten über Rote Armeen sind Lügen!

Die Plünderungen sind alle von Lockspitzeln veranlaßt. (Rufe rechts: Aha!) Mein Hamburger Parteiblatt berichtet z. B.:

> **„Am Sonnabend hetzten drei Schutzleute in Zivil die Leute auf, sie sollten die Schaufenster einschlagen. Es wurde dann geplündert, die Sicherheitspolizei rückte in Autos an und verhaftete eine Frau und 18 junge Leute. Unter fortwährendem Feuer auf die Menge fuhr das Auto ab.** (Hört, hört! b. d. US.) **Die Spitzel gingen dann von einem Geschäft zum anderen. Arbeiter folgten ihnen und stellten sie; zwei konnten entkommen, der dritte wurde umzingelt und legitimierte sich als Schutzmann."**

(Lebhaftes Hört, hört! links.) In Bremen und Süddeutschland ist es ebenso gewesen. Jetzt rollen ununterbrochen Züge mit Bewaffneten nach Hamburg, da begreift man,

daß Lockspitzel die Arbeiter zu verleiten suchten, um der Reaktion die Wege zu ebnen.

(Widerspruch rechts, lebhafte Zustimmung links. Zuruf: Vorarbeit für Spa!) Darum sagen wir den Arbeitern: **Seid auf der Hut und fallt darauf nicht herein.**

Trotz aller Gegensätze sind sich die bürgerlichen Parteien einig in der Feindschaft gegen den Sozialismus und schon der nächste Redner wird das beweisen. (Abg. Helfferich (Dn.): Das überlassen Sie mir.) Demgegenüber wird die Arbeiterschaft einig **werden im Kampf gegen die Reaktion.** Die bürgerlichen Parteien **haben nicht aus Liebe um die Sozialdemokratie geworben, sondern aus den Gefühlen heraus, die die Zuhälter ihren Dirnen gegenüber haben.** (Große Unruhe und Pfuirufe.) Selbst bürgerliche Zeitungen fragen sich vergebens: was hat denn die Deutsche Volkspartei an Fachministern in die Regierung einzubringen gewußt? Es gibt ja auch wichtigeres zu tun als zu regieren:

es gilt Profite zu machen

und die Interessen des **Kapitals** außerhalb des Parlaments zu vertreten. Die großen Wirtschaftsleute wissen, daß die Politik nicht allein im Parlament und von der Regierung gemacht wird, sondern auch viel entscheidender in den Kontoren der Banken und der Industrie. Und dann das lumpige Ministergehalt! Auch die Arbeiter wissen, daß

die Politik außerhalb der Parlamente gemacht wird,

daß man am besten außerhalb der Parlamente mit Massenaktionen für den Sozialismus wirken kann. **Die Banken haben Millionengewinne gemacht auf Kosten eines totkranken Volkes.** Das ist natürlich viel interessanter, als in der Regierung zu sitzen. Diese großen Wirtschaftsleute sind **Internationalisten vom reinsten Wasser** und Prozentpatrioten wie vor dem Kriege. In ungeheurem Maße ist **ausländisches Kapital in Deutschland angelegt worden.** Die Kriegsanleihen läßt man den deutschen Arbeitern und den kleinen Leuten, die ehemals auf die Ankündigungen Helfferichs hereingefallen sind. (Sehr richtig! b. d. US.) Auch der ausländische Mobiliarbesitz hat gewaltig zugenommen. Dazu kommen die Arbeitsgemeinschaften mit Ausländern. **Die Reeder verbrüdern sich jetzt mit den amerikanischen Kapitalisten;** da möchte ich doch nächstens einmal Abrechnung darüber haben, **welche Summen ihnen aus der Reichskasse bereits zugeflossen sind.** Die Frankfurter Zeitung verspricht sich von der ausländischen Kapitalsbeteiligung eine Einwirkung auf den Friedensvertrag. Diese Auffassung wurde auch vor dem Krieg bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie hinein geteilt. Trotzdem ist der Krieg gekommen. (Abg. Petersen (Dem): Der Krieg wurde gegen die Banken gemacht.) Das beweist eben, daß der Einfluß der Internationalität des Kapitals nicht genügt, den Krieg zu verhindern. Die Kapitalisten, die Riesengewinne aus dem Kriege belogen haben, ziehen auch

Riesengewinne aus dem ungeheuren Elend,

das der Krieg hinterlassen hat. (Sehr richtig! b. d. US.) Wo sind denn die Einnahmen des Reiches aus den Kriegsgewinnen? Die Steuereinnahmen aus den Taschen der Arbeiter sind gestiegen, aber die aus den Taschen der Kapitalisten sind zurückgegangen. Auch die Agrarier haben im Rechnungsjahr 1919/20 ganz bedeutende Summen erhalten. Sie bekamen

3775 Millionen Mark als Frühdruschprämie,

damit sie ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen sollten. Das sind die sogenannten vaterländischen Parteien. Ich gratuliere Ihnen (zu den Soz.) zu dem Werben dieser Parteien um Sie! Die Folge ist ungeheures Elend. Und was tut die Regierung dagegen? Wie sie in Pirmasenz geholfen hat, darüber werden sich die Schuhfabrikanten mehr freuen als die Arbeiter. Immer wieder benutzen die Unternehmer die Gelegenheit, **die Arbeitslöhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern.** In nächster Zeit wollen sie ja wieder einen großen Schlag wagen. Die Reaktion will die **klassenbewußte Arbeiterschaft zusammenschießen lassen,** dazu braucht sie die Reichswehr. Nur der Sozialismus wird den Kapitalismus und den Militarismus überwinden. Die Reaktion sehnt den Tag herbei, wo sie

den Weißen Terror aufrichten

kann, den Herr Oberst Bauer erst jüngst mit den Horthybanden in Ungarn besprochen hat. Aber die klassenbewußte Arbeiterschaft wird einmütig zusammenstehen wie sie einmütig bei der Linderung der Not der Opfer im Ruhrgebiet zusammengestanden hat. **Die Weltrevolution mit dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus ist auf dem Marsch, der Entscheidungskampf steht bevor.** (Zuruf: Hurra, hurra! Heiterkeit und Lachen.) **Es geht zum Sieg!** (Heiterkeit und Lachen b. d. Mehrheit. — Lebhafter Beifall b. d. US.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft.

In persönlicher Bemerkung führt der Abg. Ledebour (US.), mehrmals unterbrochen vom Präsidenten, aus, daß der Abg. Müller (Franken) — unter großer Heiterkeit des Hauses sprach er ironisch von Müller (Meiningen) — seine Beteiligung an den Januarunruhen falsch dargestellt habe. Eine Einigung mit den Mehrheitssozialisten sei solange unmöglich, als in dieser Partei Scheidemann noch eine Rolle spiele, an dessen „verdorrter Hand" das Blut von tausenden Arbeitern klebe. (Lachen b. d. Mehrheit.)

Freitag 1 Uhr: Anfragen, Weiterberatung. Schluß 6¼ Uhr.

Deutschnationale „Wirtschaftspolitik".

Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln, mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch, unverzüglich aufzuheben. Ferner beantragt sie, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben vor Anruf der Entscheidung des zuständigen Schlichtungsausschusses verboten werden! — Den Besitzern den unbeschränkten Profit, den Arbeitern das Streikverbot! **Echt deutschnational!**

Rechtssozialistische Kampfesweise.

In welcher geradezu maßlos verlogenen und gehässigen Weise die Abhängigen während des Thüringer Landtagswahlkampfes gegen die USPD. zu Felde zogen, lehrt das nachstehende Zitat aus einem ihrer Wahlflugblätter:

> „. . . Wir Frauen danken den Unabhängigen und Kommunisten, weil sie an Stelle der Gewaltherrschaft von rechts eine Gewaltherrschaft von links setzen wollen. Weil sie den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit in einem Bürgerkrieg austragen wollen. Dadurch werden wir Frauen endlich das Glück genießen, den Krieg auch im eigenen Land und am eigenen Leibe kennen zu lernen. Bisher ist uns das ja nicht vergönnt gewesen! Vor allem danken wir den Unabhängigen auch dafür, daß sie es für recht und billig erkannten, wenn unsere deutschen Frauen und Mädchen (darunter schulpflichtige!) von den schwarzen, braunen und gelben Franzosen im besetzten Gebiet vergewaltigt und ermordet werden. (Weil so etwas im Krieg auch von deutscher Seite geschah.) Zwar haben wir jetzt keinen Krieg mehr, sondern Frieden. Aber das ändert nichts an den Tatsachen. Die Unabhängigen weigern sich, gegen diese „schwarze Schmach" zu protestieren. Merkt euch das, ihr Frauen und Mädchen! . . ."

Schamloser hätte früher wirklich auch der Reichslügenverband nicht gegen seine Widersacher hetzen können, als es hier geschieht. Man würde diesem Geistesprodukt der Knauer und Konsorten zuviel Ehre antun, wollte man sich wirklich ernsthaft mit ihm auseinandersetzen.

Zigaretteninduſtrie.

Die Georg A. Jasmatzi A.-G. Dresden, eine bekannte Zigarettenfabrik, schließt das Jahr 1919 mit einem Reingewinn von über 5 Millionen Mark ab, aus dem sie 25 Prozent Dividende auf die Stammaktien ausschüttet und außerdem über 2½ Millionen Mark auf neue Rechnung vorträgt. Wenn man an die Klagen denkt, mit denen die Zigarettenindustrie jede Besteuerung begleitet hat und an die Warnungen, daß die Betriebe bei diesen Lasten stillgelegt werden müßten, mutet dieser Abschluß etwas seltsam an. Wird man bei uns nicht endlich dazu übergehen, an die Stelle der privaten Monopole, die sich in dieser Industrie immer deutlicher herausbilden, eine gemeinwirtschaftliche Organisation zu setzen, die eine restlose Uebereignung in Gemeinbesitz durchführt?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlungen.

Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr, in

Stennewitz.
Vortrag
des Stadtverordneten Günther über:
Gemeindepolitik.

Petersberg.
Gasthaus Krause.

Seeben.
Gasthaus Glaser.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein 2018
Der Vorstand.

Volkspark. Heute Freitag: **Großer Ball.**

Grosses Geld-Preiskegeln!
Fortsetzung im Goldenen Schiffchen.
Sonntag und Montag, Anfang 11 Uhr.
Preise 500, 400, 300, 200 usw.
Kegelklub Fidele Brüder.
2016

Arb. Radf.-Bund „Freiheit"

Sonnabend, den 3. Juli 1920,
im kleinen Saale des „Volksparkes", Burgstr.:
Bezirksvergnügen.
Hierzu ladet alle Sportgenossen u. Freunde freundlichst ein Der Vergnügungsausschuß. (2011

Gasthof zur Sonne :: Nietleben.
Sonnabend von 6 Uhr an: *918
Oeffentlicher Ball.
Bandonium-Musik.
Es ladet freundlichst ein. W. Klemm.

Mieter-Verein, Halle.
Verein zur Erkämpfung besserer Mietverhältnisse.
Montag, den 5. Juli cr., abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark":
Versammlung.
Alle Interessenten sind ergebenst eingeladen.
2000 Der Vorstand.

Osmünde.
Sonnabend, den 3. Juli 1920, abends 8 Uhr, bei Herrn St. Augustyniak:
Kartellsitzung.
Pünktliches erscheinen aller Delegierten und Gewerkschaftsvorstände ist Pflicht.
*914 Der prov. Vorsitzende: Anton Hussock.

Den verehrten Einwohnern von **Zöberitz und Umgegend** zur Nachricht, daß ich am 1. Juli den *916
Gasthof Grüne Tanne, Zöberitz
käuflich übernommen habe. Ich bitte, das Wohlwollen meines Vorgängers auch auf mich übertragen zu wollen.
Sonntag, den 4. Juli, von nachm. 4 Uhr an:
Eröffnungsball.
Freundlichst laden ein
Karl Hensel und Frau.

Achtung! Achtung!
Verkaufe ein schönes Bodenkarussell,
9 1/2 Meter Durchmesser, schöner, stabiler Bau, für einen annehmbaren Preis. Dasselbe ist aufgestellt im **Gasthof zum Löwen in Beesedau b. Aisleben (Saale)** und ist daselbst zu besichtigen. Nehme auch reparaturbedürftige Geschäfte mit in Zahlung. Offerten sind zu richten an
Gustav Knopf, Beesedau b. Aisleben (Saale). *906

Für Gewerkschaftsfeste,
Kinder-, Garten- und Volksfeste: 1924
Stocklaternen, Fackeln mit Lichte, **Tragstäbe, Girlanden** und sonstige **Kinder-Belustigungs-Geschenke** und **Verlosungs-Artikel** empfiehlt
Paul Lange, Merseburgerstr. 166,
Nähe Riebeckplatz. Neben Apollo-Theater.

Oeffentl. Versammlung
für Osmünde und Umgegend

am Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus Augustyniak.

Tagesordnung:

Wohnungsnot. — 10 proz. Steuerabzug. — Warum treten wir nicht in die Regierung ein?

Referent: Landtags-Abgeordneter **Killian.**

Arbeiter! Werbt für guten Versammlungsbesuch.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.
Der Vorstand des Sozialdem. Vereins f. Halle-Saalkreis (USPD). 2019

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Halle (S.).

3000 Sänger. **Bezirks-Sängerfest.** 3000 Sänger.

Sonnabend, den 3. Juli, von nachmittags 6 Uhr an, in den unteren Räumen des Volksparks:
Grosser Kommers.
Sonntag, den 4. Juli, von nachmittags 3 Uhr an, im Garten des Volksparks:
Grosses Vokalkonzert.
Massengesänge (Männer-, Frauen-, gemischte u. Einzel-Chöre).
Es ladet freundlichst ein **Der Bezirksvorstand.**
Der Eingang für die Sänger am Sonnabend ist von der Gosenstrasse aus. 2012

Billiger Gelegenheitskauf!

Ein Waggon zirka 20000 Einkochgläser

bringe billig zum Verkauf.

Konservengläser mit Gummiring und Bügel (komplett)					:: Fleischgläser :: mit Gummiring und Bügel (weite Form)				
1/2	3/4	1	1 1/2	2	1/2	3/4	1	1 1/2	2
1,95	2,45	2,95	3,65	3,95	2,65	2,95	3,45	3,65	3,95

Hafengläser, Geleegläser, Dunstgläser und Einmachtöpfe in allen Größen vorrätig. 2002

Einkoch-Apparat mit Thermometer **49 85**

Sobel,
Halle (Saale),
Steinweg 45, Tel. 5635.
Gr. Ulrichstraße 9, Tel. 5635.
Reilstraße 1, Tel. 5736.
Filiale Ammendorf Bahnhofstr. 3 Telephon 57.
Filiale Cöthen Schalaunischestrasse 8.

Einkoch-Apparat „Erika" mit Thermometer **79 85**

Echt Nordhäuser Kautabak.
Rein Übersee-Rauchtabak, Zigarren, Zigaretten, 1995
stets zu haben im **Zigarrenversandhaus**
Emil Friedrich, Friesenstraße 22.
Telephon 2721.

Holzpantoffeln
nicht mit gestickeltem Lederblatt, nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst 1993
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Chesterfield
für Wirte und Wiederverkäufer
Mille 500.— Mark.
2020 Abgabe in kleinen und großen Posten.
Andere englische Zigaretten von
390.— Mk. per Mille an.
Karl Gimpel, Posistraße 6.

In einer Stunde vertilgen **Garantie** Kopf-, Filz- Sie unter und Kleiderläuse wie Brut, Wanzen, Flöhe d. Mensch. u. Tier. „Kampolin" pat. geschütztes Mittel. Wunden unschädl. Verkauf: **Scharig, Steinweg 10, Reilstraße 37.**

Aushilfskellner
für Sonn- und Festtage gesucht. Zu melden: Sonnabend von 8—3, Sonntag von 10—1 Uhr.
Städt. Arbeitsamt, Halle, Abt. für das Gastwirtsgewerbe, Großer Berlin 14. *912

Familien-Nachrichten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner mir so früh entrissenen heißgeliebten Frau, unserer lieben Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Nichte

Martha Hädrich geb. Luther

im blühenden Alter von 20 1/4 Jahren, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, unsern innigsten Dank. Herzlichen Dank dem humoristischen Klub „Fidele Brüder" zu Dölitz für die schöne Musik, Kranzspende und Teilnahme am Begräbnis, sowie den Arbeitskollegen und Kolleginnen der Ammendorfer Spinnerei. Dank dem Herrn Dr. Weber und Schwester Gertrud für ihre vielen Bemühungen. Dank Herrn Kantor Lohs und der Schuljugend für den erhebenden Gesang. *919

Dieskau, den 30. Juni 1920.

In tiefer Trauer:
Ernst Hädrich nebst Töchterchen, Eltern, Schwiegereltern, Geschwistern und allen Verwandten.

Stadttheater.
Sonnabend, den 3. Juli, im Freitags-Abonnement, Anf. 7 1/2, Ende 10 1/4 Uhr:
Als ich noch im Flügelkleide
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Tartüff.** 2004
Sonntag abend 6 Uhr: **Die Meistersinger von Nürnberg.**

Städtische Kammerspiele, Bad. Wittekind.
Freitag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Prolog von Goethe.
Hierauf: 2005
Stella
ein Schauspiel für Liebende von Goethe.
Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Vergnügungsverein „Merkur".
Sonnabend, den 3. Juli, von abends 7 Uhr an im „Paradies":
Gr. Tanzvergnügen.
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand. 2017

Schloß Freilmfelde,
Restaurant, Gartenlokal.
Obstwiesenausschank.
Sonnabend, den 3. Juli:
Hähnchen-Preiskalen.
Anfang 7 Uhr.
Um regen Besuch bittet
2007 **Herm. Krüger.**

Altkleiderstelle,
Kl. Ulrichstraße 15, kauft Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, auch neu.
Telephon 4414. 1998

Hafer
und andere Futtermittel für Pferde, Rinder, Schweine, Ziegen, Geflügel, empfiehlt 1954
„Elverge",
e. G. m. b. H.,
Gr. Märkerstraße 5.
Fernsprecher 6356.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Polsterwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 1997

Zur Anfertigung seiner
Herrengarderobe nach Maß
empfiehlt sich 2008
Otto Bartelt,
Dreyhauptstraße 7.

Wo? bekommen Sie für wenig **Geld** einen gutsitzenden **Anzug und Paletot?** *909
Nur bei
G. Heimsath & Sohn, Steg 16.

Apollo-Theater
8 Uhr!
Gastspiel d. Kölner Metropoltheaters.
Direkt.: Kurt Bruck. Leit.: Eugen Moss u. Orchesterleitung: Dr. Hans Kasselbaum.
2022 **GRIGRI.**
Operette in 3 Akten von Paul Linke.
Als Hauptdarsteller die hier bestens bekannten:
Karl Waterstradt, Herti Janowitz, Joseph Waldbrück, Alfred Horsten, Antoin Buchardy, Georg Herve.
Vorverkauf tägl. 9—1 u. 5—1/2 7, Sonntags ständig.

Alle Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle.

100 Gramm Butter:

In der Woche vom 5.—11. Juli werden auf be Abschnitt 30 der roten Fettkarte für jede Per eines Haushalts 100 Gramm Butter zum Pre von 3,10 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt b den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butte kundenliste bewirkt ist.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Sonnabend, den 3. Juli 192 Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber b Lebensmittelscheine mit den Nummern 58001—6800 vormittags von 8—1 Uhr. Es werden an jede Perso eines Haushaltes 70 Gr. zum Preise von 60 Pf. ab gegeben.

Verteilung von Kokos-Speisefett.

Die Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welc Warenkundenlisten eingereicht haben, werden ers gefordert, das in der Woche vom 12. bis 18. Ju zur Verteilung kommende Kokos-Speisefett auf de städtischen Schlacht- und Viehhof abzuholen. D Abgabe erfolgt an Kleinhändler, deren Namen b ginnt mit den Buchstaben: A—D, Montag, den 5. Ju E—G, Dienstag, den 6. Juli, H—K, Mittwoch, de 7. Juli, L—N, Donnerstag, den 8. Juli, O—S Freitag, den 9. Juli, St—Z, Sonnabend, den 10. Ju nur in den Vormittagsstunden von 7 bis 1/2 12 Uhr. Die vorstehende Ordnung ist genau einzuhalten. F jede Person eines Haushalts kommen 100 Gram zur Abgabe. Der Verkaufspreis beträgt 2,50 M Gefäße in genügender Größe und Geld sind mi zubringen. Mit dem Verkauf des Kokos-Speisefett darf vor Montag, den 12. Juli, nicht begonne werden.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Rotzgulasch

in der Talamtschule am Sonnabend, den 3. Juli 192 Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber b Lebensmittelscheine mit den Nummern 78501—84 50 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage b Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit ein Person eine 1/2-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserve an Haushalte mit zwei Personen eine 1-Kilodose Ro gulasch und an Haushalte mit drei Personen ei 1/2-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven und ei 1-Kilodose Rotzgulasch usw. abgegeben werden. D Verkaufspreis beträgt für eine 1/2-Kilodose Fleis und Wurstkonserven 5 Mk. und für eine 1-Kilod Rotzgulasch 11 Mk. Die Rotzfleischkonserven sind a dem städtischen Schlachthofe und unter städtisch Aufsicht hergestellt worden.

Versorgung mit Kartoffeln.

In der Woche vom 5. bis 11. Juli können auf b Marke 47 der grauen Kartoffelkarte 2 Pfund Ka toffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in de Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis f das Pfund Kartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verka erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwo Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnersta Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt

an Kinder bis zu 12 Jahren in der Talamtsch am Sonnabend, den 3. Juli 1920. Zugelassen zu Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelsche mit den Nummern 78501—84 500, vormittags von bis 1 Uhr. Es kann an jedes Kind bis zu 12 Jahre eine Dose zum Preise von 4,30 Mk. abgegeben werde

Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für b Woche vom 5. Juli bis 11. Juli gegen Abgabe b für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfu vorkondensierte Milch zum Preise von 4,00 M (vier Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt b den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändler Gefäße sind mitzubringen.

Für Kinder vom 6.—12. Lebensjahre wird die Woche vom 5.—11. Juli auf den Abschnitt b Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfu vorkondensierte Milch zum Preise von 4,00 M (vier Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern.

Bitterfeld.

Für die Woche vom 3. bis 9. Juli d. J. gelang auf Abschnitt 40 der grauen Stadtlebensmittelkar pro Kopf der Versorgungsberechtigten 5 Pfu Kartoffeln zum Preise von 30 Pf. das Pfund i Ausgabe. Der Verkauf findet nicht mehr wie bisl bei den Händlern, sondern nur noch im Reichsha schen Grundstücke (Hallesche Straße 9) statt. Weg Kartoffelknappheit ersuchen wir, alle bereits e gedeckten Einwohner, Kartoffeln nicht mehr abz fordern. Der Abschnitt verliert mit dem 9. Juli d. J. seine Gültigkeit.

Bitterfeld, den 1. Juli 1920.
*917 Der Magistrat. Heinrich

Bekanntmachung.

Mit dem heutigen Tage tritt der
örtliche Flurschutz in Roitzsch
in Tätigkeit.

Ich warne jedermann unbefugt fremde Grundstücke zu betreten und sich vom Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in der Gemarkung aufzuhalten.

Der Flurschutz ist bewaffnet, auf Anruf hat jeder vom Flurschutz Betroffene unweigerlich stehen zu bleiben, da ein Fortlaufen bezw. Weiterfahren mit Lebensgefahr verbunden ist. Dasselbe gilt für Fuhrwerke.

Roitzsch, den 1. Juli 1920.
Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0004

Aus der Provinz.

Der Streik in Golpa-Zschornewitz beigelegt!

Der Streik im Fernkraftwerk Zschornewitz und auf der Grube Golpa bei Bitterfeld ist am Mittwochabend beendet worden. Dank der großzügigen Haltung der Berliner Elektrizitätsarbeiter, die gestern Donnerstag in den Sympathiestreik getreten wären, wenn die Direktion in Golpa-Zschornewitz die berechtigten Forderungen der streikenden technischen und kaufmännischen Angestellten nicht anerkannt hätte, konnte am Mittwoch bei einer im Arbeitsministerium zu Berlin stattgefundenen Verhandlung eine Einigung erzielt werden. Den Angestellten wurden ihre Forderungen zum größten Teil bewilligt, sie erhalten die verlangte Leistungsprämie von 100 bis 200 Mk. monatlich. Daraufhin nahm die Nachtschicht am Fernkraftwerk Zschornewitz sofort die Arbeit wieder auf und Berlin konnte am gestrigen Vormittag wieder mit Strom beliefert werden. Durch die Einigung ist die Möglichkeit eines Streiks in den Berliner städtischen Werken natürlich hinfällig. Der Streik der Angestellten ist in mustergültiger Ordnung durchgeführt worden, woran auch die Denunziation der bürgerlichen Presse, die über einen „wilden" Streik sagte, nichts zu ändern vermag.

Die Kappisten an der Arbeit.

(Im Lokalblättchen für Falkenberg (Kreis Liebenwerda), der Fallenberger Zeitung, war am 28. Juni unter den amtlichen Bekanntmachungen folgendes Inserat zu lesen, das unter den heutigen politischen Verhältnissen besondere Bedeutung gewinnt:

Beim 2. Bataillon Reichswehr-Jäger-Regiment 32, der früheren Freiwilligen-Truppe Torgau, werden noch Freiwillige eingestellt. Meldung in Halle, Roßplatz-Kaserne.

Seit Monaten ist der Regierung und ganz besonders auch dem Reichswehrministerium bekannt, daß die Entente die Beibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht zulassen, sondern auf der Verringerung der Reichswehr bis auf 100 000 Mann und der völligen Auflösung der sogenannten „Sicherheits"polizei bestehen wird, die Entwaffnungsnoten vom 25. Juni haben darüber ebenfalls keinen Zweifel gelassen, daß der neudeutsche Militarismus Noskescher Herkunft abgebaut werden muß. Und trotzdem wird noch für die Reichswehr geworben, weil die Reaktion Truppen zur Verfügung haben will. Besonders interessant aber wird der Fall, wenn man erfährt, daß der Kommandeur dieses Truppenteils der Oberstleutnant Reinicke ist, der während des Kapp-Putsches eine Bekanntmachung erließ, aus der nachstehende Absätze genügen, um den Herrn zu charakterisieren:

„Den Offizieren und Unteroffizieren der Reichswehr verleihe ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Ich verbiete durch Wort und Schrift, oder auf sonstige Art zur Niederlegung der Arbeit oder zur Verweigerung der Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern; desgleichen die Verbreitung von Aufrufen oder Flugblättern jeder Art.

Ich ermahne die Einwohnerschaft in Anbetracht des Ernstes der Lage zur Ruhe und Besonnenheit.

Jeder hat sofort an seine Arbeitsstelle zurückzukehren.

Einzelbestimmungen ergehen noch.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis 15 000 Mk. bestraft, falls nicht nach den bestehenden Gesetzen schwerere Strafen verwirkt sind.

Landfriedensbruch wird mit dem Tode bestraft.

Der Militärbefehlshaber Torgau.
gez. Reinicke, Oberstleutnant.

Durch dieses Streikverbot stellte sich Herr Reinicke im Gegensatz zur verfassungsmäßigen Regierung, deren sozialdemokratische Mitglieder bekanntlich zum Generalstreik aufgefordert hatten, d. h. er stellte sich ganz offen in den Dienst der Kapp- und Lüttwitz-Verbrecher. Alle Beamten und Militärs, welche sich an der Vorbereitung und Ausführung des Kappschen Staatsstreiches direkt oder indirekt beteiligt haben, sollten zur Rechenschaft gezogen werden, Herrn Oberstleutnant Reinicke ist es aber heute noch möglich, neue Truppen zu werben. Vielleicht äußert sich doch das Reichsministerium der Deutschen Republik einmal dazu, welchem Zweck die Werbungen jetzt dienen sollen.

Die Partei der Kriegshetzer und ihre Opfer.

Auf welche Weise die deutschnationale Putschpartei, die alle diejenigen Elemente umfaßt, die durch ihre chauvinistische Propaganda ohne Maßen den Ausbruch des Weltkrieges am meisten verschuldet haben, für ihre Opfer, die Kriegsbeschädigten sorgt, dafür soll heute wieder einmal ein Beweis angeführt werden.

Ein Schwerbeschädigter im Hilfslazarett Nietleben, der schon jahrelang im Lazarett lag und endlich entlassen werden konnte, bewarb sich um eine Pförtnerstelle in der Papierfabrik Dietrich in Weißenfels. Als eifriger Vermittler spielte sich ein Bauingenieur Kurt Kühling in Weißenfels auf, der in einem Brief an den Bewerber diesem die Stelle als ziemlich sicher in Aussicht stellte. Nachdem er lang und breit betont hat, daß er sich bei dem Prokuristen Heinze der Fabrik für ihn ins Zeug gelegt habe, und nach einer Schilderung des Aufgabenkreises eines Pförtners bei Herrn Franz Dietrich — Markenkontrolle, scharfes Aufpassen, daß die Arbeiter kein Fabrikeigentum mitnehmen, Visitieren von Taschen usw. — fährt der eigenartige Menschheitsbeglücker und Freund der Kriegsbeschädigten etwa folgendermaßen fort:

Weiter empfehle ich Ihnen, daß Sie sich in Halle an die Deutschnationale Volkspartei wenden, sich dort zur Aufnahme melden und den dortigen Sekretär bitten, er möchte doch so freundlich sein und Herrn Dr. Merker, 1. Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei in Weißenfels, über Ihre von mir mitgeteilte Stellung bei der Firma Dietrich, alte Papierfabrik, unterrichten, zwecks Rücksprache mit Herrn Prokuristen Heinze. Vergessen Sie aber ja nicht Ihre Anmeldung, den hiesigen Arbeitern schweigen Sie über Ihre Mitgliedschaft. Alles weitere veranlasse ich in den nächsten Tagen persönlich mit Herrn Franz Dietrich. Maßgebend ist ja unter den heutigen Verhältnissen die Betriebsleitung, aber Fürsprache macht viel.

Mit treudeutschem (!) Gruß!

Kurt Kühling, Bau-Ing.

Der Brief spricht für sich selbst. Er enthält bezeichnenderweise keine Angabe über den Lohn, den der „Pförtner" bei Herrn Dietrich verdienen soll, wohl aber die vorstehende lange Belehrung über die Bedeutung der Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Putschpartei. Welchen Zwecken der Kriegsbeschädigte dienstbar gemacht werden sollte, ist ohne weiteres klar, niederträchtig ist es aber, stellungsuchende Schwerbeschädigte auf Grund ihrer Notlage zur Partei der Reaktion geradezu pressen zu wollen. Denn darüber gibt es keinen Zweifel, daß die Besetzung der Stelle nach dem Willen des Vermittlers von der Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Partei abhängig gemacht werden sollte. Auf solch schamlose Weise werden also Proselyten für die Reaktion geworben. Die Kriegsbeschädigten, die so Schweres haben durchmachen müssen und den Geist der Alldeutschen im Felde kennengelernt haben, werden sich durch die gewissenlosen Machenschaften deutschnationaler Bekehrer nicht vom richtigen Wege abbringen lassen, sondern dorthin gehen, wo menschliches Verständnis für die schweren Leiden der Kriegsopfer herrscht. Ueberflüssig hinzuzufügen, daß der Kriegsbeschädigte die Stelle abgelehnt hat. Er befindet sich noch heute im Hilfslazarett Nietleben und hat bisher keine angemessene Beschäftigung erhalten können.

Sangerhausen. Magermilch- und Kohlenverteilung. Magermilch gibt es nachmittags von 2 bis 3 Uhr am 1. Juli auf Nr. 1—220, am 2. auf Nr. 221—440, am 3. auf Nr. 441 bis 660, am 4. auf Nr. 661—880, am 5. auf Nr. 881—1100, am 6. auf Nr. 1101—1500, am 7. auf Nr. 1501 bis Schluß; Kohlen bei Klaus: am 2. Juli von 1155—1455, Abschnitt 18, am 3. Juli von 1456 bis 1756, Abschnitt 18. — Auf die Fleischkarten wird morgen, Sonnabend, Fleisch ausgegeben.

Klostermansfeld. Bergmannslos. Die beiden Häuer Büttner und Fuß waren vor Ort mit Strebhacken beschäftigt und stießen hierbei zufällig auf eine Wasserader. Die plötzlich hervorstürzenden Wassermassen waren so gewaltig, daß es den Unglücklichen nicht möglich war, sich zu retten und beide mußten ertrinken.

Zörbig. Stadtverordnetensitzung. Die Erhöhung der Entschädigung für den Kirchendienst der Lehrer wurde abgelehnt. Unsere Genossen gaben dazu folgende Erklärung zu Protokoll: „Wir lehnen den Antrag der Stadt grundsätzlich ab, nicht weil wir gegen die Forderung etwas einzuwenden haben, da sich ja die Beurteilung der Dienstleistung der städtischen Verwaltung entzieht. Wir würden es begrüßen, wenn die Kirchengemeinde das auf den Kirchendienst bezügliche Verhältnis mit der Stadt lösen würde." Die Gewährung von Ortszulagen an die städtischen Beamten wurde mit nachfolgender Begründung abgelehnt: Die Stadtverordneten sehen sich nicht verpflichtet, für vergangene Zeiten (Kriegsdienste) jetzt noch Zulagen zu bewilligen, da dies zu einer Schraube ohne Ende führen würde, und die Arbeiter dann auch das Recht hätten, für die Kriegszeit jetzt noch Zulagen zu fordern. Der Antrag soll an die Antragsteller zurückgewiesen werden; wenn es ihre jetzige wirtschaftliche Lage erfordert, sollen die Beamten mit anderen Unterlagen kommen. Unsere Genossen beantragten, eine Kommission aus zwei Stadtverordneten und zwei Magistratsmitgliedern zur Prüfung von Gehalts- und Lohnfragen zu bilden. Der Etat der Friedhofskasse ist überschritten worden, hauptsächlich wegen der Gebäudeausbesserung auf dem alten Friedhof; 3000 Mk. wurden daher nachbewilligt. Bei der Kassenrevision am 29. Mai wurde der Bestand der Stadtkasse mit 82 140,82 Mk., der Kämmereikasse mit 16 187,84 Mk. für richtig befunden.

Brehna. Vor einer gut besuchten Versammlung sprach am Dienstagabend Genosse Jantzen (Halle) über die politische und wirtschaftliche Lage, insbesondere über den zehnprozentigen Steuerabzug. Seine fast zweistündigen Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung. Eine Entschließung gegen den zehnprozentigen Steuerabzug wurde einstimmig angenommen. Mit einer Mahnung des Vorsitzenden an die noch außerhalb der Organisation stehenden Arbeiter, sich restlos der USP. anzuschließen und das Volksblatt zu abonnieren, schloß die Versammlung.

Golpa. Ueber Unterschlagungen von Unterstützungsgeldern durch einen Betriebsrat weiß die bürgerliche und rechtssozialistische Presse zu berichten. Sogar die Berliner Blätter lassen sich „brahten", daß der Vorsitzende des Betriebsrates der Grube Golpa die Gelder, die von den Arbeitern zur Unterstützung der Opfer des Kapp-Putsches gesammelt worden waren, im ganzen 16 000 Mk., unterschlagen habe und verhaftet worden sei. Dazu erfahren wir, daß die Gelder für die Märzopfer zunächst im Geldschrank der Betriebsleitung aufbewahrt, vor 14 Tagen aber in den Schrank des Betriebsrates, der nur ein gewöhnlicher Kleiderschrank ist, übernommen wurden, woraus sie am Donnerstag der vorigen Woche gestohlen worden sind. Der gesamte Betriebsrat ist darauf sofort von seinem Posten zurückgetreten. Die Untersuchung ist eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Wenn sich jedoch die Behauptung bewahrheiten sollte, daß der Vorsitzende des Betriebsrates die 16 000 Mk. veruntreut hat, erklären wir, daß das eine so verwerfliche und niederträchtige Handlungsweise darstellt, daß der Täter die Verachtung aller Arbeiter, überhaupt jedes anständig denkenden Menschen verdient. Der Mißbrauch des goldenen Vertrauens der Arbeiterschaft und der Diebstahl der Unterstützungsgelder für die unglücklichen Opfer der militaristischen Meuterei könnten in diesem Falle nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Die Arbeiterschaft ist aber weit davon entfernt, die Verfehlungen eines einzelnen Betriebsratsmitgliedes, dessen Charakter man verkannt hat, dem Rätegedanken entgelten zu lassen, wie es die bürgerliche und scheinsozialistische Presse wünscht. Diese bauscht ja die ganze Angelegenheit nur auf, um die Verwerflichkeit der Betriebsräte im allgemeinen zu beweisen und Zwietracht unter die revolutionäre Arbeiterschaft zu tragen. Von den Berichten der bürgerlichen Journaille über die Tätigkeit der Betriebsräte ist dasselbe zu halten wie von den Märchen über den Bolschewismus.

Zschornewitz. Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung. Die Nacherhebung von 50 Prozent Gemeindesteuern zur Deckung der im Laufe des Rechnungsjahres 1919 nötig gewordenen Mehrausgaben wird noch hinausgeschoben, weil das Vermögen der Gemeinde Zschornewitz flüssig gemacht werden soll, um die Ausgaben zu decken. Ein entsprechender Antrag ist sofort beim Kreisausschuß in Bitterfeld eingereicht worden. Für die in Zschornewitz ansässigen Oberschlesier, die zur Abstimmung in ihre Heimat fahren, wurde ein Betrag von 300 Mark zur Deckung der Unkosten bewilligt. Es wurde an die großen Werke appelliert, damit diese einen ihren Verhältnissen entsprechenden Betrag für den angegebenen Zweck zeichnen. Zwischen dem Betriebsrat der kommunalen Angestellten und der Kreisverwaltung ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Von diesem wurde Kenntnis genommen; den Angestellten wurde ein den Verhältnissen angepaßtes Gehalt bewilligt, da die im Tarifvertrag vorgesehenen Gehälter nur Mindestgehälter sind. Das Grundgehalt des Nachtwächters und Gemeindedieners wurde auf 500 Mark erhöht, wobei Nebeneinkünfte und sonstige Zulagen nicht eingerechnet sind. Der Elternbeirat hatte ein Gesuch um kostenlose Gewährung von Lehrmitteln an Bedürftige eingereicht; dazu lag ein Antrag der Fraktion der USP. auf völlige Lehrmittelfreiheit für die Kinder in Zschornewitz vor. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde der weitestgehende Antrag der USP. als erster zur Diskussion

---

Es saust das Rad ...

Eine Geschichte aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

Ich sprach zu Bessie von ihr, und eines Tages machte diese den Vorschlag, daß wir, sobald wir mit der Arbeit bei Rosenfeld fertig seien, zu dritt auf die Suche nach Arbeit ausziehen sollten. Und so gingen wir denn eines Montags in der Frühe los, denn eine große Wäschefabrik hatte eine Anzeige erlassen, daß sie zwanzig neue Arbeiterinnen suche.

„Haben Sie schon früher einmal auf elektrischen Maschinen gearbeitet?" fragte der Arbeitsvorsteher.

„Nein, aber das werden wir bald heraus haben," sagte Bessie. „Wir sind alle drei sehr geschickt." Sie hatte sich erbeten, die Wortführerin zu sein.

„Ja, daran zweifle ich ja gar nicht, aber nur werden Sie die erste Zeit über nicht viel fertigbringen. Gehören Sie denn alle drei zusammen?"

„Ja."

„Dann möchten Sie wohl also auch in einer Stube beisammenbleiben?" sagte er und führte uns in einen Arbeitssaal, in dem ein Höllenspektakel herrschte.

Die in endlosen Reihen nebeneinander sitzenden Arbeiterinnen hielten den Blick mit gespannter Aufmerksamkeit auf ihre Arbeit gerichtet; nicht eine einzige hob den Kopf, als wir eintraten; es war nicht wie bei Rosenfeld. Keine Arbeiterin wird in einer amerikanischen Fabrik, in der sie ausgebeutet wird, jemals den Kopf von der Arbeit erheben, wenn Fremde eintreten; ich habe das mit der Zeit geradezu als eine Kennzeichnung der Fabrik anzusehen gelernt.

Aller Augen waren angestrengt mir auf die weißen Gewebe gerichtet, die durch ihre Finger förmlich dahinflogen, um irgendwo hinter den surrenden Maschinen zu verschwinden; aller Rücken waren wie in tiefer Müdigkeit gebeugt. Zwischen den Reihen steifer, angespannter Gesichter lagen auf den Tischen ganze Berge von feiner Wäsche und Spitzen, Tagehemden, Nachthemden, Unterleibchen, alles mögliche, das diese blassen Frauen da in dem nervenaufreibenden Höllenlärm um wenige Cent für das Stück hatten nähen müssen.

Der Abteilungschef, ein Jude, schien an sich ein liebenswürdiger Mensch zu sein. Er führte uns in die Mitte des Arbeitssaales, wo über einer jeden Maschine eine Gaslampe hing; denn obwohl von beiden Seiten des Saales das Licht durch die großen Fenster hereinströmte, war es dennoch nicht hell genug, um die feinen Nadelstiche genau zu sehen.

Bessie und ich bekamen die Plätze nebeneinander angewiesen, Eunice etwas seitwärts von uns. Dann begann die erste Arbeitsstunde.

Der Vorarbeiter zeigte uns, wie wir mit Nadel und Spule umzugehen hätten und wie der elektrische Strom ein- und ausgeschaltet werden mußte; aber als ich zu arbeiten begann, bekam ich einen derartigen Schreck, daß ich förmlich vom Stuhl hochfuhr.

Der Vorarbeiter lachte.

„Das werden Sie bald gewohnt sein," sagte er, „nur werden Sie die ersten Nächte nicht viel zum Schlafen kommen, weil es auf die Nerven geht. Aber in etwa einer Woche ist die ganze Geschichte längst vorüber."

„Ja, ja, alles geht vorüber, Kleine," piepste eine schrille Stimme irgendwo in der Nachbarschaft. „Alles ist einmal vorüber auf dieser schönen Welt."

Ich wandte mich um und sah eine alte, zahnlose, runzlige Frau, die mich anlächelte und mir freundlich zunickte.

„Na, na, Mirjam, was ist denn mit dir schon wieder los?" fragte der Vorarbeiter halb ärgerlich, indem er zu Bessie hinüberging, um auch ihr zu zeigen, wie sie mit der Maschine umgehen müsse.

Aber die Alte kümmerte sich nicht weiter um ihn, sondern lachte nur still in sich hinein. — Ich hatte jetzt keine Zeit, mich um sie zu kümmern, sondern beugte mich über meine Maschine bemüht, einen möglichst sauberen Saum zustande zu bekommen. Ich staunte unwillkürlich, wie geschickt alle diese Arbeiterinnen waren; selbst die alte, runzlige Frau da konnte also noch mit dieser anstrengenden, nervenaufreibenden Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Dabei war es bei weitem schwerer, eine solche elektrische Maschine zu handhaben, wie eine gewöhnliche; der Stoff zog und zerrte nach allen Seiten, er rannte mir geradezu davon, und die Nadel tanzte so schnell dahin, daß mein ungeübtes Auge ihr kaum zu folgen vermochte.

Ich mühte mich eine Weile mit der Arbeit ab und sah dann ganz verzweifelt meiner Nachbarin zu, in der Hoffnung, ihr vielleicht irgendwelche Handgriffe abzusehen. Sie hieß Nadel Goldberg und war eine Jüdin mit wulstigen, roten Lippen, ein Typus der Neuyorker Nähmädchen sozusagen; aber ich sah ihr lange voller Bewunderung zu, denn sie verstand ihre Sache. Ihre kurze, ungeschlachten Finger zauberten wahre Wunder hervor, und sie wurde nicht nur deshalb, sondern auch wegen ihrer unerschöpflichen Arbeitskraft von allen Kolleginnen bewundert und beneidet.

Es war, als sei die Arbeit für sie gar keine Arbeit, sondern nur so eine Art Zeitvertreib, so müde und abgerackert sie an sich auch aussah. Plötzlich hielt ihre Maschine inne und sie lehnte sich im Stuhl zurück, gähnte laut und streckte die Arme in die Luft.

„Zum Teufel geht man bei dieser Hundearbeit," sagte sie, als sie bemerkte, daß ich ihr zugesehen hatte.

„Ja, und dabei arbeiten Sie doch scheinbar so leicht, als hätten Sie Ihr ganzes Leben lang nichts anderes getan."

Sie schüttelte den Kopf.

„Gewiß, arbeite ich schon lange an der verdammten Maschine da, aber mein Rücken schmerzt mich heute noch genau so wie am ersten Tage."

Und sie brach kurz ab und beugte sich wieder über die Arbeit, die wie von selbst unter ihren Händen zu gehehen schien.

Bessie und Eunice schien es mit ihrer Maschinenarbeit nicht besser zu gehen als mir, als der Vorarbeiter mit unserer ersten Arbeit dastarkam. Ich bekam fedes Unterleibchen zugewiesen, die für eine unseelbte Näherin schon auf einer gewöhnlichen Maschine nicht einfach zu machen waren, wieviel mehr aber noch auf der elektrischen, die bei dem leisesten Druck des Fußes auf das Pedal Miene machte, mit dem ganzen Stoff davonzurasen.

Innerhalb von einer Stunde hatte ich ein volles Dutzend in Grund und Boden ruiniert. Ich gab mir so viel Mühe wie ich nur konnte, aber die Maschine war mächtiger als ich, die Nadel hüpfte bald nach rechts und bald nach links, nur nicht dahin, wohin sie sollte. Und die ganze Zeit über hörte ich, wie die Alte hinter mir sich über meine Ungeschicklichkeit amüsierte:

„Hi-hi-hi! Hi-hi-hi! ..."

Sobald ich wieder ein Stück ruiniert hatte, steckte ich es in die große Pappschachtel, die unter meinem Tisch stand; dann nahm ich ein neues. Ich sah zu Bessie hinüber; sie machte es genau so; — wir waren so verzweifelt und verängstigt, daß wir gar nicht wußten, wo wir überhaupt mit den verdorbenen Stücken hinsollten.

Endlich aber glückte es mir doch, ein Leibchen fertigzubekommen, das ohne Fehler war ... da plötzlich gab es ein merkwürdiges Knarren, einen Ruck ... alle Maschinen standen wie auf einen Schlag still.

Alle waren mißvergnügt, ja geradezu empört.

„Hi-hi-hi! ..." rief die Alte hinter mir. Ich sah mich um. Unsere Blicke trafen sich. Sie lächelte.

„Wie viel Stück hast du schon ruiniert, kleines Mädel?" fragte sie, indem sie sich gegen mich vorbeugte, aber gleichzeitig immer Augen durchs ganze Zimmer laufen ließ, als fürchte sie, jemand werde ihre Worte belauschen.

Ich antwortete nicht, und sie drohte mir mit dem Finger.

„Hi-hi," lachte sie, „glaub' du hätte nicht gut die verpfuschten Stücke in die Pappschachtel gesteckt, hast? O, ich habe schon viel weit, sehr weit! Armes Mädel, es geht dir allen Anfängerinnen geht — es dauern einer mehr, als sie wirklich arbeiten! Und wie lange sie endlich von ihrer Hände Arbeit leben ist das Leben ist heutzutage schwer!"

Sie stand auf, griff unter meinen Tisch Paket von ruinierten Leibchen hervor. Das Wort zu sagen, an ihre Maschine zurück zu wieder aufzutrennen.

„Ich helfe gern, wenn ich kann," sagte „Leider kann ich nur so selten. Aber ist es denn wenn wir Armen einander nicht helfen sollen, dann eigentlich helfen ..?!"

Nadel Goldberg hatte vier Dutzend extra fertig kommen und damit fünfundvierzig Cent verdient war um diese Zeit noch nicht einmal elf. Sie sagte rade etwas mit den Maschinen passiere, was häufig vorkommen mußte, könne sie den Tag über Dollar und sechzig Cent verdienen. Sie lah Uhr; eine jede Minute war für sie kostbar, und sie sah wieder erwartungsvoll über die Maschine gebeugt, Strom wieder in Ordnung gebracht war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0005

gestellt. Gemeindevertreter Vogl erklärte, daß der Antrag eine alte demokratische Forderung darstellt, die schon früher von großen Teilen der Lehrerschaft unterstützt worden ist. Seinen vortrefflichen Darlegungen konnte jeder entnehmen, daß der Durchführung des Antrages keine technischen Schwierigkeiten entgegenstehen. Trotzdem wurde der Antrag der USP. abgelehnt, womit bewiesen ist, daß in dieser Gemeindevertretung noch nicht alle Mitglieder Verständnis für soziale Einrichtungen haben. Der Antrag des Elternbeirates wurde dagegen angenommen, wobei sich unsere Fraktion der Abstimmung enthielt. An Stelle des ausgeschiedenen Schulvorstandsmitgliedes Hoffmann wurde der Genosse Fischer in den Schulvorstand gewählt. Die Beschaffung der Reichsfahne wurde nochmals vertagt, bis die zuständige Regierungsstelle wiederum zur Anschaffung auffordert. Die Erhöhung der Lustbarkeitssteuer wurde ebenfalls vertagt, weil aus der Vorlage nicht zu ersehen war, wozu die daraus erzielten Gelder verwendet werden sollen. Zu sozialen Einrichtungen würden sie wahrscheinlich nicht gebraucht werden. (Siehe Antrag der USP. auf Lehrmittelfreiheit.) Zuletzt wurde noch Beschwerde geführt, daß die Zuhörer nicht genügenden Platz finden und die schlechte Luft in dem engbegrenzten Raume nicht gerade förderlich für die menschliche Gesundheit ist.

Kleinwittenberg. 105 neue Abonnenten. Die am Sonntag in Kleinwittenberg und Piesteritz vorgenommene Volksbluttagitation brachte uns trotz der Bezugspreiserhöhung einen Zuwachs von 105 Abonnenten. Noch immer werden aber Genossen angetroffen, in deren Haushalt man bürgerlichen Zeitungen den Vorzug gibt. Hier gilt es noch zu arbeiten, denn von den bei der Wahl abgegebenen 2500 Stimmen kann und muß noch mancher Volksblattleser gewonnen werden. Vielfach wurde wieder der Wunsch nach einer eigenen Presse laut. — Beschwerden über unpünktliche Zustellung usw. sind an Genossen P. Laaß, Dessauer Straße 89, zu richten.

Jessen. In einer öffentlichen Volksversammlung sprach am Mittwoch der Parteisekretär Genosse Deitmar (Wittenberg) über den zehnprozentigen Steuerraubzug. Der Referent beleuchtete in seinem 1½stündigen Vortrage das ganze Steuersystem im „neuen" Deutschland und übte scharfe Kritik an den Rechts- und Koalitionsparteien. Die vorgelegte Entschließung fand einstimmige Annahme. Die Versammlung war gut besucht.

Liebenwerda. Die Dienstgeschäfte als kommissarischer Landrat hat der frühere Bürgermeister Max Vogl am vergangenen Montag übernommen. Vogl ist Rechtssozialist und stand zuletzt im Dienste des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Eilenburg. Protestversammlung gegen den Steuerabzug. In einer gutbesuchten Versammlung stimmten die Teilnehmer nach einem Referat des Genossen Sander einer Protestentschließung zu, die der Reichsregierung und dem Reichstag übermittelt worden ist. Die Versammlung hat bewiesen, daß es auch ohne Reklame und Inserate in den bürgerlichen Zeitungen geht. Die Parteileitung wird auch künftig nicht mehr in bürgerlichen Zeitungen inserieren. Deshalb wollen alle, die mit uns sympathisieren, den Inseratenteil des Halleschen Volksblattes beachten. Außerdem werden die bekannten roten Versammlungszettel in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, ferner bei Quitzsch, Raue, Winkowski usw. ausgehängt. Geschäfte, die Bekanntmachungen öffentlicher Veranstaltungen unserer Partei bei sich anschlagen wollen, mögen ihre Adresse beim Vorsitzenden, Genossen Quitzsch abgeben. Die Vereinsversammlungen werden ständig am vorhergehenden Mittwoch im Halleschen Volksblatt und in der Leipziger Volkszeitung bekanntgegeben. Die nächste Parteiversammlung ist am Freitag, den 2. Juli, abends ½8 Uhr in der Quelle.

Merseburg. Betriebseröffnung nach Fährendorf. Die Strecke nach Fährendorf (Dürrenberg) der Merseburger Ueberlandbahnen ist soweit fertiggestellt, daß die Betriebseröffnung am Sonntag, den 4. Juli, stattfinden kann. Die landespolizeiliche Abnahme erfolgt morgen Sonnabend. Der Fahrplan und die Fahrpreise sind an den Haupthaltestellen und in den Wagen veröffentlicht. Die Züge verkehren, wie bisher, im Anschluß an die Halle-Merseburger bzw. Merseburg-Müchelner Bahn.

Nordhausen. Der kommissarische Landrat Otto Voß, bisher sozialdemokratischer Bezirksleiter des DMV. in Halle, hat die ihm übertragene Verwaltung des Landratsamtes des Kreises „Grafschaft Hohenstein", alias Landkreises Nordhausen übernommen. Die Hallischen Metallarbeiter sind jedenfalls heilfroh, daß sie dieses eigenartige Exemplar von Arbeitervertreter los sind und wünschen ihm, daß er sich niemals wieder bei ihnen sehen lasse.

Erfurt. Der Kommunist, das in Erfurt erscheinende Organ der KPD. für Mitteldeutschland, ist eingegangen. Die vor kurzem in Erfurt und Umgegend noch starke Bewegung der KPD. ist völlig zerfallen, seitdem etliche syndikalistische Wirrköpfe den Spaltpilz hineingetragen haben. Die wirklich revolutionären Teile dieser Partei haben sich geeinigt zur Unabhängigen Sozialdemokratie, der Partei des klassenbewußten Proletariats zurückgefunden, so daß der größte Teil der Leser des Kommunistischen Organs — es sollen durchweg 7000 gewesen sein — unserem Parteiblatt in Erfurt, der Erfurter Tribüne, zugute kommen dürfte.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. Juli 1920.

Das tägliche Gift.

Wer sich die Mühe nimmt, in den Arbeitervierteln der Städte und und auch in den Arbeiterwohnungen auf dem Lande die Verteilung der Tageszeitung zu betrachten, der wird feststellen können, daß noch immer sehr viele Zeitungen in die Häuser getragen und auf den Straßen verkauft werden, die alles andere als Arbeiterinteressen vertreten. Es handelt sich in erster Linie um jene Presse, die in der Maske der sogenannten Parteilosigkeit daherkommt, und sich ab und zu als das Blatt des kleinen Mannes frisiert. Da jene Zeitungen — ein Musterbeispiel von dieser Art sind die Hallischen Nachrichten — es zu einem System ausgebildet haben, in ihren Artikeln, Notizen und Nachrichten, wenn irgend möglich, die sozialistische Bewegung zu verdächtigen und verächtlich zu machen, so besteht hier tatsächlich eine Gefahr, deren Größe im allgemeinen von der Arbeiterschaft leider noch immer unterschätzt wird, oder doch wenigstens nicht energisch genug bekämpft wird.

Jene oben gekennzeichnete Presse mischt täglich ihre Portion Gift in die „geistige Nahrung", die sie ihren Lesern vorsetzt. Sie tut das nicht eklöffelweise, weil dann auch der denkfaule Leser sofort merken würde, wohin man ihn haben will. Nein, Tropfen für Tropfen träufelt sie den Giftstoff in die Köpfe, und da sie bemüht ist, in der Aufmachung den Stil und in der Stoffbehandlung den Ton des geruhsamen Spießbürgers zu treffen, der sich mit vorgekauter Speise begnügen will und die Arbeit des eigenen Urteils scheut, so erzielt sie leider auch Erfolge. Des besseren Verständnisses halber wollen wir ein Beispiel anführen. Da wird also im Generalanzeiger in einer „Plauderei", betitelt: Rund um Giebichenstein, behaglich wiedergegeben, wie doch alles teurer geworden sei. Ein alter Professor führt ein behagliches Gespräch mit seinem Neffen und dessen Braut über die teuren Stiefel, die sich nur noch die Arbeiter und Arbeiterinnen kaufen können, und über die Verkommenheit unserer Zeit, die sich in den überfüllten Tanzsälen zeigt. Einer jammert dem anderen vor, wie es doch früher so schön gewesen sei, und mit sehnsuchtsvollen Worten wünschen sie die gute alte Zeit zurück. Zuletzt kommt dann noch ein lustiger Hinweis auf die böse Revolution, der wir alles zu verdanken haben. Der Leser wird durch die Art der Darstellung suggestiv beeinflußt. Daß wir den größten Krieg der Weltgeschichte hinter uns haben, daß wir ein besiegtes Volk sind und daß ein solch furchtbarer Zusammenbruch, wie wir ihn erlebten, nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sein kann, wird selbstverständlich von dem plaudernden Schmok verschwiegen. Und nach diesem Rezept wird bei jeder Plauderei verfahren.

Betrachtet man ferner den ausführlichen täglichen „Gerichtssaal-Bericht" im Generalanzeiger, wo durch die Auswahl ganz „besonderer" Prozesse und durch die breitete Ausmalung von Verbrechen die Sensationslust des Lesers gesättigt wird, so ist ohne weiteres ersichtlich, daß auch darin System liegt. Die Neugier kitzelt man durch liebevolle Schilderung pikanter Skandale und der Sentimentalität besonders der Frauen kommt man durch Veröffentlichung kitschiger literarisch wertloser Romane entgegen. Alles aber wird so abgetönt, daß der Leser das Gefühl empfindet: „Ich danke dir, daß ich nicht bin, wie jene!"

Die Gefahr der geistigen Verseuchung breiter Volksmassen, die ihrer ganzen Struktur nach als Leser der Arbeiterpresse in Betracht kommen, besteht seit langem und wird immer größer, in dem Maße, wie das Großkapital Einfluß auf derartige Zeitungen nimmt. Dieses Großkapital hat sehr wohl erkannt, welches machtvolle Instrument die Presse ist und es bedient sich der von ihm abhängigen Blätter mit außerordentlichem Geschick und der üblichen hinterlistigen Brutalität. Den Feind, in diesem Falle den Sozialismus, im Frontalangriff anzugehen, bietet nur geringe Aussichten, da die Reihen zu fest geschlossen sind. Deshalb greift man zum beliebten „Dolchstoß von hinten". Es ist deshalb hohe Zeit, daß der geschilderten Gefahr mit allen Mitteln begegnet wird. Keine Versammlung darf vorübergehen, ohne daß der Appell an alle Anwesenden gerichtet wird, jene Lokalpresse, die dem Volk im Schafskleide gleicht, aus den Haushaltungen hinauszuwerfen, sie nicht zu lesen und sie auch nicht durch Inserate zu unterstützen. Der Kampf muß auf der ganzen Linie einheitlich organisiert werden und den Köpfen muß das Mahnwort eingehämmert werden, das die alten Römer an ihre Haustüren schrieben: „Cave canem! — Hütedich vordem Hunde!"

Aus dem neuen Ortsstatut für die städtische gewerbliche Fortbildungsschule

ist folgendes von Wichtigkeit: Alle im Gemeindebezirk in gewerblichen Betrieben beschäftigten männlichen Personen, sowie die weiblichen Handwerkslehrlinge und handwerksmäßig beschäftigten Arbeiterinnen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind verpflichtet, die hiesige städtische gewerbliche Fortbildungsschule zu den vom Magistrat festgesetzten Tagen und Stunden zu besuchen und an dem Unterrichte teilzunehmen. Die Schulpflicht beginnt 6 Tage nach dem Eintritt in einen gewerblichen Betrieb; sie gilt als erfüllt, wenn der Schulpflichtige drei Schuljahre die Fortbildungsschule mit Erfolg besucht hat. Hat der Schulpflichtige innerhalb dieser Zeit das Ziel der Fortbildungsschule nicht erreicht, so bleibt er schulpflichtig bis zu dessen Erreichung, längstens bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

Bei eintretender Arbeitslosigkeit wird die Schulpflicht nicht unterbrochen. Der Pflichtunterricht wird erteilt an Werktagen im Sommerhalbjahr zwischen 7 Uhr morgens und 6 Uhr abends, im Winterhalbjahr zwischen 8 Uhr morgens und 6 Uhr abends. Arbeitszeit und Schulzeit zusammen dürfen 8 Stunden nicht überschreiten.

Die Arbeitgeber haben von jeder Annahme, auch wenn sie zur Probe erfolgt, innerhalb 6 Tagen oder von jeder Entlassung von schulpflichtigen Personen innerhalb drei Tagen der Geschäftsstelle der Fortbildungsschule mündlich oder schriftlich Anzeige zu erstatten und die Schulpflichtigen bei der Annahme gleichzeitig anzuweisen, sich sofort in der genannten Geschäftsstelle zur Einschulung zu melden, den Schulpflichtigen die zu einem geordneten Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie insbesondere so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß dem Unterrichtsbeginn eine wenigstens einstündige Arbeitspause im Betriebe vorangeht, und sie zum pünktlichen und regelmäßigen Besuch der Schule anzuhalten, wenn ein bei ihnen wohnender Schulpflichtiger wegen Krankheit die Schule nicht besuchen kann, hierüber zur nächsten Unterrichtsstunde eine Bescheinigung mitzugeben oder, wenn die Krankheit länger dauert, innerhalb 6 Tagen die Bescheinigung darüber der Geschäftsstelle der Fortbildungsschule einzureichen, — auf Verlangen des Schulleiters oder des Lehrers ist über die Erkrankung eine ärztliche Bescheinigung beizubringen —, auf Antrag des Schulleiters oder des Lehrers über den Grund der Versäumnisse der bei ihnen beschäftigten Schulpflichtigen Auskunft zu erteilen.

Die Eltern und Vormünder haben ihre zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne oder Mündel zum pünktlichen und regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten, für die Beschaffung der vorgeschriebenen Lernmittel zu sorgen.

Bedürftige Schüler erhalten die erforderlichen Lernmittel von der Schule geliefert. Ueber die Voraussetzungen der Bedürftigkeit entscheiden im Streitfalle der Schulvorstand unter Ausschluß des Rechtsweges. Anträge auf Befreiung sind rechtzeitig beim Schulleiter schriftlich einzureichen.

Als Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Schule sind ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung der Schulpflichtigen für jeden Pflichtschüler und jede Pflichtschülerin halbjährlich 5 Mark im voraus an die Gemeindekasse zu zahlen. Die Arbeitgeber dürfen diese Pflichtbeiträge unter keinen Umständen auf die bei ihnen Beschäftigten und zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten oder deren Eltern abwälzen.

Auf zu den Protestversammlungen.

Heute abend 8 Uhr finden im Volkspark, Burgstraße 27, und im Letzten Dreier, Merseburger Straße 32,

zwei öffentliche Volksversammlungen

statt. Es sprechen die Genossen Stadtverordneten Bock und Lieb über:

Das Wohnungselend, seine Ursachen und Bekämpfung.

Die Genossen Stadtverordneten Günther und Krüger über den Obst- und Gemüse-Wucher.

Tausende von Familien müssen die eigene Wohnung entbehren, Tausende in ungesunden Löchern zusammengepfercht hausen. Das bringt ungeheure Gefahren für die Volksgesundheit mit sich. Erschreckend hoch ist die Zahl der Tuberkulosen und Schwindsüchtigen, die an der Unterernährung und infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse zugrunde gehen. Die Regierung hat wie überall, auch auf diesem Gebiete, vollständig versagt. Nur durch die schleunigste Sozialisierung der gesamten Bauindustrie und durch die Ueberführung des Besitzrechtes der Wohnhäuser in Gemeindeeigentum können diese unhaltbaren Zustände beseitigt werden.

Mieter, Siedler, Volksgenossen und Arbeiter aller Berufe, erscheint in Massen! Es gilt die krassen Zustände im Wohnungswesen zu beseitigen und gegen den Obst- und Gemüsewucher zu protestieren.

Warnung vor Schwindlern.

Es ist beobachtet worden, daß seit einigen Tagen unberufene Personen, meist Frauen, von Haus zu Haus gehen und angeblich zur Unterstützung der Märzopfer Geldsammlungen vornehmen. Sie sind mit Sammellisten ausgerüstet und geben an, im Auftrag der USP. zu kommen.

Wir warnen eindringlichst, besonders die Geschäftsleute, diesen Personen irgendwelche Spenden auszuhändigen, da es sich um Schwindler handelt. Die USP. hat niemand beauftragt, Sammlungen in dieser Weise vorzunehmen, es ist im Gegenteil angeordnet, sämtliche Sammellisten einzuliefern.

Die Marburger.

Von Theobald Tiger.

„Herr Kameraad? —
Die fuffzehn Leute?
Was soll damit?" — „Na so — —, das muß noch heute,
Am besten gleich." — Und eine Handbewegung.
Fünfzehn trotten,
vom Kolbenschlag getrieben, vorwärts.
Junge Herren, in knapper Uniform der Offiziere,
mit Orden, Ehrenzeichen und Monokel,
daneben her. Die Leute schleppen
sich mühsam weiter. Einer blutet. Viele stöhnen.
Die Herren rauchen, lärmen, lachen, sprechen.
Und leise, einer von den Offizieren:
„An den Straßengraben!
Und: „Sechste Kompagnie nach vorne!
Der Trupp mit den Gefangenen an den Schluß!"
ruft eine Stimme. Aufgerissene Augen . . .
Sie wehren sich, die Zivilisten. Fliehn?
Sie kennen das. Sie wollen nicht. Und die Studenten
mit den Kolben auf gekrümmte Rücken,
an den Straßenrand! Ihr wollt nicht? Hunde!'
denten, die, als Offiziere kostümiert,
en, wird der Kram zu bunt.
nder! Macht doch Schluß!" — —
durch den Morgennebel.
Die blutigen Körper rollen
mants lachen. „So, die sind wir los;
"

los.
Die Korporalschaft
'omeradschaftlich
ndert nichts daran:
ordet!
Und ihr habt gekniffen!
Euer Autorität bewesen?
r nun von denen blind-fanatisch
nd einen nur von euch
r auch verwundet —: ein Gericht
ieses Mann hereingebrochen.
ußt hätt', was er da getan.
Zuchthaus! Zuchthaus!? — Glatt zum Tode
—!

Ihr habt gekniffen.
Besinnt euch plötzlich, daß ihr eigentlich Soldaten,
und daß ein Kriegsgericht da kompetent.
Ein Standgericht? Standesgericht sollt's heißen.
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
Feg sie hinweg, wenn du noch Atem hast!
Volk!
Das werden deine Richter und Beamte!
Volk!
Das darf dich einmal richten und verwalten,
wenn's ausstudiert hat!
Volk!
Feg sie hinweg!
Das bunte Oel, das glitzernd
auf deinem Wasser oben schwimmt, ist Dreck.
Und hältst du wieder still und läßt sie schalten:
Sie lachen. Töten. Werden was
Und alles bleibt beim alten

Zum Tode Uthmanns.

Am Dienstag der vorigen Woche starb in seinem Wohnsitz Barmen nach kurzem Krankenlager an der Lungenentzündung der allen Sozialisten bekannt und vertraut gewordene Komponist Gustav Adolf Uthmann. Weit über die Grenzen seiner engeren Heimat ist der Name Uthmanns gedrungen, sind seine Lieder erklungen. Ueberall in Deutschlands Gauen und auch im Auslande, wo Arbeitersänger zusammentreten, wo ein Arbeiterfest gefeiert, wo eine Veranstaltung festlich eingeleitet werden soll, überall dort werden die wuchtigen Chöre gesungen, die Uthmanns nimmermüder Geist geschaffen hat.

Dem Frühling, der Freiheit und dem Lichte galt sein Lied. Kampfeslieder, Siegeslieder waren es. Voll und wuchtig, jubelnd, brausend, begeisternd erklangen sie. Uthmann war der erste Freiheitssänger des deutschen Sozialismus. Er fand den Ton, der vom Herzen kommt und zum Herzen dringt, denn er glaubte an den Sozialismus. Stand er auch im Lager der Rechtssozialisten, so erklärt es sich dadurch, daß Uthmann keine politische, vor allem keine polemische Natur war. Dem leidigen Parteistreit stand er fern.

Aus dem Proletariat ist er hervorgegangen und ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben. Schon als Fünfzehnjähriger mußte er sein Brot als Färber verdienen. Die letzten Jahrzehnte war er im Dienste der Barmer Ortskrankenkasse tätig, zu deren zweiten Vorsitzenden er sich emporschwang. Wer mit dem Genossen Uthmann in persönliche Berührung kam, der wußte seine Güte und Freundlichkeit und die Lauterkeit seiner Gesinnung nicht genug zu rühmen.

Aus der reichen Fülle seiner Kompositionen seien nur einige genannt: Die wuchtige Vertonung der Internationale, Frühlingsbotschaft, Maiengruß, Der Freiheit Maienritt, Sturm und Tord Foleson.

Zur Naturgeschichte der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei läßt in ihrer parteiamtlichen Korrespondenz feststellen, daß Goethe nach allen seinen Aeußerungen unzweifelhaft dieselben politischen und wirtschaftlichen Grundanschauungen vertreten hat, wie sie jetzt im Programm der Deutschen Volkspartei niedergelegt sind.

Ein hervorragender deutscher Literarhistoriker bestätigt uns diese Tatsache. Er macht dann weiter die interessante Mitteilung, daß Goethe lange Jahre hindurch der Ortsgruppe Ilmenau der Deutschen Volkspartei angehörte und dort das Amt des zweiten Schriftführers bekleidete. Die Ortsgruppe, die unter dem Vorsitz des Seilermeisters Kragenbalger stand, übte entscheidenden Einfluß aus. Kragenbalger und Goethe kandidierten mehrfach bei den Gemeindewahlen, bei denen allerdings nur der erstere gewählt wurde.

Von demselben Literaturforscher erfahren wir noch, daß von bekannteren Persönlichkeiten auch Raffael, der Erfinder der Buchdruckerkunst Gutenberg und der weise Solon eingeschriebene Mitglieder der Deutschen Volkspartei waren. Christoph Columbus stand der Deutschen Volkspartei so nahe, daß er das neu entdeckte Land zuerst „Stresemannland" nennen wollte. Ein neiderfüllter demokratischen Schiffsoffizier brachte ihn leider von dem Gedanken ab.

Im Wallensteinschen Heere bestand ein Wehrausschuß der Deutschen Volkspartei, dem der alte Friedländer selbst als Ehrenmitglied angehörte.

Bekannt sein dürfte, daß Karl der Große an den sonnabendlichen Diskussionsabenden der Ortsgruppe Aachen der Deutschen Volkspartei nahezu regelmäßig teilnahm. Er spendete alljährlich zehn Ochsen und vier Fässer zum Wahlfonds. Er war auch freiwilliger Mitarbeiter der Deutschvolkspartei lichen Korrespondenz, die von Einhart herausgegeben wurde und die eines der ältesten deutschen Schriftdenkmäler ist.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß bereits in der Arche Noah ein volkspartei licher Stammtisch sich gebildet hatte, dem Noahs ältester Sohn vorsaß. Als Noah sentor nach der Sintflut landete und das weite Trümmerfeld überblickte, sprang Noah junior an ihm vorbei und klebte an einen Baumstamm ein Plakat mit der Inschrift: „Die Deutsche Volkspartei ist die Partei des Wiederaufbaus!" Worauf ein linksstehender Vetter das letzte Wort mit einem Klebezettel zudeckte, auf dem geschrieben stand: „Bürgerkrieges!"

Man sieht auch hier: Es ist alles schon dagewesen.

H. S—n. (im III).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0006

Geldspenden oder sonstige Zuwendungen zur Unterstützung der Kirgisoter sind nur im Parteisekretariat oder in den eingerichteten öffentlichen Sammelstellen oder an unsere mit Ausweisen versehenen Funktionäre abzuliefern.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (MSPD.).

---

* **Sozialistische Proletarierjugend.** Sonntag früh 8 Uhr, am Walhalla Treffpunkt: Nach Lettin, Badeseeg mitbringen. Nachmittag 2 Uhr, Abmarsch vom Hallmarkt nach der Heide. Singebücher nicht vergessen.

* **Allgemeine Ortskrankenkasse.** Wie aus der bereits veröffentlichten Bekanntmachung des Kassenvorstandes hervorgeht, hat sich die Kasse genötigt gesehen, den früheren Beschluß, der den Wöchnerinnen im Falle der Entbindung die Behandlung durch Hebamme und Arzt sowie Lieferung der Arznei als Sachleistung, also in natura sicherte, mit Wirkung vom 1. Juli 1920 wieder aufzuheben, da es nicht gelungen war, mit den Hebammen eine vertragliche Vereinbarung zu treffen. Die anspruchsberechtigten Wöchnerinnen erhalten somit von diesem Zeitpunkte an neben dem Wochen- und Stillgeld als Entschädigung für Hebamme, Arzt und Arznei bei der Niederkunft nur den Betrag von 50 Mk. und im Falle von Schwangerschaftsbeschwerden für die etwa erforderlich gewesenen und einzeln nachzuweisenden Hebammendienste und ärztlichen Leistungen eine Beihilfe bis zum Betrage von 25 Mk. Es empfiehlt sich daher für die Wöchnerin schon vor der Entbindung eine Vereinbarung mit der Hebamme wegen des Honorars zu treffen. Für Wöchnerinnen, die nach der Satzung Anspruch auf freie ärztliche Behandlung haben, zahlt die Kasse die Vergütung hierfür unmittelbar an den Arzt, doch muß sich die Wöchnerin an einen Kassenarzt wenden und diesen vorher auf ihre Mitgliedschaft hinweisen.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten** am Montag, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr. Instandsetzung von Dampfleitungen auf dem Gertraudenfriedhof. Instandsetzung der Schwarzen Brücke. Zuschuß für die Arbeiter-Samariterkolonne. Zuschuß für Licht- und Luftbäder. Erhöhung der Strompreise des Elektrizitätswerks. Antrag auf Ausgabe von Wochenkarten für Straßenbahnbenutzung. Antrag betr. Entleerung von Abfuhrwagen. Anfrage betr. Versorgung mit Reichswaare. Antrag auf normale Beschulung im kommenden Winter. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

* **Von der Heimarbeit während des Krieges** handelt die Beilage des statistischen Monatsberichtes für März 1920. Wertvollen Aufschluß erhalten wir durch die Darstellung der Heimarbeit in den Jahren 1914 bis 1919 in Halle. Der Umfang der Heimarbeit, die Zahl der Betriebe, welche Heimarbeiter beschäftigen, die Heimarbeiter in den einzelnen Gewerbezweigen, die Beteiligung der beiden Geschlechter an der Heimarbeit und der Familienstand der Heimarbeiter werden für diese Jahre dargestellt. Der Krieg hat danach die Heimarbeit mächtig eingeschränkt und er hat vor allem die Heimarbeit der verheirateten Frauen sehr beschnitten. In 74 Tabellen werden außerdem zahlreiche wichtige Beobachtungen über die Bevölkerung, die Wohnungen, den Arbeitsmarkt usw. mitgeteilt.

* **Verwertung von Feldpostkarten.** Die aus dem Feldpostverkehr übriggebliebenen Feldpostkarten und Kartenbriefe können im inneren deutschen Postverkehr verwendet werden. Es müssen jedoch der Aufdruck Feldpost und die sonstigen nicht mehr zutreffenden, vorgedruckten Angaben für die Feldanschrift vor der Einlieferung gestrichen werden.

* **Auflösung von Abwicklungsstellen.** Mit dem 1. Juli d. J. sind die Abwicklungsstellen des Jäger-Bataillons Nr. 4 in Naumburg, des Husaren-Regiments Nr. 10 in Stendal, des Husaren-Regiments Nr. 12 in Torgau, des Ulanen-Regiments Nr. 16 in Salzwedel, des Kürassier-Regiments Nr. 7 in Halberstadt, des Fliegerhorstes Halle (Saale) aufgelöst. Die Erledigung der Restarbeiten dieser aufgelösten Abwicklungsstellen und der ihnen zugeteilten Formationen sind mit dem 1. Juli d. J. übergegangen: vom Jäger-Bataillon Nr. 4 an das Abwicklungsamt des 4. Armeekorps in Magdeburg, vom Kürassier-Regiment Nr. 7 an die Abwicklungsstelle des Infanterie-Regiments Nr. 27 in Halberstadt, vom Husaren-Regiment Nr. 10 an das Abwicklungsamt des 4. Armeekorps in Magdeburg, vom Husaren-Regiment Nr. 12 an die Abwicklungsstelle des Infanterie-Regiments Nr. 72 in Torgau, vom Ulanen-Regiment Nr. 16 an das Abwicklungsamt des 4. Armeekorps in Magdeburg, vom Fliegerhorst Halle an das Abwicklungsamt des Gardekorps, Berlin. Zur beschleunigten Erledigung aller Ansprüche wollen sich die in Frage kommenden Kriegsteilnehmer daher nach dem 1. Juli 1920 an diese bearbeitenden Behörden wenden.

* **Landjäger, nicht mehr Gendarm.** Durch Verfügung des Ministers des Innern führt die preußische Landgendarmerie von jetzt an die Bezeichnung Landjägerei. Die bisherigen Gendarmeriewachtmeister führen die Amtsbezeichnung Landjäger und Oberlandjäger, der bisherige Oberwachtmeister führt die Amtsbezeichnung Landjägermeister, die bisherigen Gendarmerieoffiziere sind jetzt Landjägerräte geworden. — Die Verdeutschung „Landjäger" mag zu begrüßen sein, aber „Landjägerrat" ist ein schreckliches Wort.

* **Ein gutes Beispiel der Opferfreudigkeit** lieferten die Gewissen vom Bat I Gasfabrik C. Schicht der Leunawerke, indem sie für die Opfer des Kapp-Putsches folgendes sammelten: 170 Mark, 200 Zigaretten, 87 Zigarren, 4 Eier, 1 Paket Tabak, 1 Päckchen Schnupftabak 2 Pfund Käse, 8 Pfund Nudeln, 1 Pfund Honig, 1 Pfund Bohnen, 1 Pfund Linsen, ½ Pfund Erbsen. Alle diejenigen, die bisher noch nichts gegeben haben, mögen sich das solidarische Verhalten der Leunaer Genossen zum Beispiel dienen lassen!

* **Warum die Zigaretten so teuer sind.** Nicht nur die hohen Tabaksteuern sind schuld an der Verteuerung der Rauchwaren, sondern in erster Linie die Riesengewinne der Fabrikanten. So beschloß kürzlich die Generalversammlung der Jasmatzi-A.-G. Zigarettenfabrik in Dresden auf die Stammaktien wie im Vorjahr eine Dividende von 25 Prozent zu verteilen. Laut Rechnungsabschluß erzielte das Unternehmen einen Geschäftsgewinn und Gewinne aus Beteiligungen in Höhe von 4 514 180 (6 975 259) Mark, aus Zinseneinnahmen von 753 741 (0) Mark. Die Abschreibungen erforderten 592 569 (591 871) Mk., für die Ueberganswirtschaft wurde wieder eine Million Mark zurückgestellt, und nach Zahlung von 108 000 Mk. Tantieme 2 632 812 (2 238 718) Mark auf neue Rechnung vorgetragen. — Und trotz dieser Riesengewinne steigen die Preise der Zigaretten andauernd.

* **Von der Straßenbahn überfahren** wurde in der Geiststraße ein vierjähriger Knabe beim Ueberlaufen der Straße und kam unter die Schutzvorrichtung zu liegen. Er hat außer einigen Hautabschürfungen keinen Schaden erlitten. Die Schuld trifft das Kind selbst, das hinter einem fahrenden Motorwagen hergelaufen war und plötzlich vor einen entgegenkommenden Wagen lief.

* **Beim Ueberfall erschossen.** Gestern abend wurde im Polizeigefängnis ein Strafgefangener, der einen Gefangenenaufseher tätlich angriff, von dem Beamten in der Notwehr erschossen.

* **Selbstmord.** Ein hier wohnhafter Kaufmann erhängte sich in dem Lagerraum seines Geschäfts. Der Grund soll in einem unheilbaren Nervenleiden zu suchen sein.

* **Stadttheater.** Freitag, den 2. Juli (Anfang ½8 Uhr) findet im Stadttheater durch die Robert-Franz-Singakademie (Leitung Professor Alfred Rahlwes) eine Aufführung der Jahreszeiten von Joh. Haydn statt. Es muß geradezu als ein Wunder erscheinen, daß Haydn nach einer Ueberfülle geleisteter Arbeit noch im 69. Lebensjahre mit den Jahreszeiten seinen Ruhme und seiner schöpferischen Kraft die Krone aufsetzen konnte, mit einem Werke, das uns heute — jungfrisch wie am ersten Tag! — von der ersten bis zur letzten Note in staunende Freude und helle Begeisterung zu bannen vermag. In unsere Zeit unbefangene Daseinsfreude und erquickenden Humor hineinzutragen, sind Haydns Jahreszeiten mit all dem Lieblich-Genrehaften so recht berufen. Läßt dieses Werk Haydns heute an ein verlorenes Friedensparadies gemahnen, so soll es doch auch, wie die Meisterlieder-Aufführungen der letzten Tage, Aufrichtung sein an deutschem Chor und Orchester. Das bestens vorbereitete, mit viel Lust und Liebe neustudierte Werk wird auch zum 2. Juli im Stadttheater die Zuhörer zu Freude und Begeisterung führen um so mehr, als auch die Solopartien hervorragenden künstlerischen Kräften anvertraut sind (Milda Hornickel-Leipzig, Hans Bijmann-Leipzig, Dr. Hans Joachim Moser-Halle). Man verfrage sich an der Theaterkasse rechtzeitig mit Karten (Karten für Mitglieder der Robert-Franz-Singakademie bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a).

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7½ Uhr findet das VIII. Konzert (III. Konzert der Robert-Franz-Singakademie) unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes statt. Sonnabend abend 7½ Uhr gelangt im Freitag-Abonnement das fröhliche Spiel: Als ich noch im Flügelkleide von Kehm und Frehsen unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung. Es wirken mit Charlotte von Durand, Helene Achterberg, Irma Gravi, Hedwig Jonas, Helene Hartmann, Erna Teuscher, Annemargret Schön, Dora Debicke, Adalbert Kriwat, Hermann Wedding, Joseph Krahé, Georg Ottmay, Otto Tiedemann. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung Tartüff. Sonntag abend 6 Uhr Die Meistersinger von Nürnberg; Montag Der Bettelstudent.

* **Eröffnung der Städtischen Kammerspiele in Bad Wittekind.** Am Freitag, den 9., findet zur Eröffnung der städtischen Kammerspiele eine Aufführung von Goethes Stella statt. Die Vorstellung wird eingeleitet durch den Goetheschen Prolog zur Eröffnung des Hallischen Theaters am 6. August 1811. Der Vorverkauf für diese Vorstellung beginnt an der Stadttheaterkasse am Montag, den 5.

Kammermusikabend des Hallischen Streichquartetts.

Allmählich hat im Konzertleben nun endlich der große Kehraus stattgefunden. Die unzähligen Konzertanzeigen, die bisher dem Leser in den Spalten der Tageszeitungen entgegensprangen, sind verschwunden. Immerhin tauchen hier und da noch einige Nachzügler auf, an denen die musikalische Kritik nicht achtlos vorübergehen kann. So lud gestern unser einheimisches Streichquartett zu einem Kammermusikabend ein, der trotz der schon vorgeschrittenen Jahreszeit erfreulicherweise ziemlich stark besucht war. Brahms' A-Moll- und Dvoráks Es-Dur-Quartett erklangen. Des ersten Tondichters Persönlichkeit tritt uns am deutlichsten gerade in seiner Kammermusik entgegen. Träumerisch schwärmend, gern für sich allein, hat er sein reiches Innere wie Beethoven am liebsten einer kleinen Gruppe von Instrumenten anvertraut. Daß er sich dabei des Streichquartetts bediente, ist nicht zu verwundern. Gestattet doch diese Art des Musizierens die intimsten Ausdrucksmöglichkeiten. Freilich, die überzeugende Kraft eines Beethovenschen Adagios oder den übermütig sprudelnden Humor eines Beethoven erreicht er nicht. Daß Dvorák, dessen op. 51 gestern zu zweit zu Worte kam, von Brahms kommt, external man auf den ersten Blick. Ehrlich war er bemüht, seinem Vorbilde nachzueifern. Doch reißt ihn seine heftige Gemütsart manchmal zu Ausbrüchen hin, die der Kammermusik nicht gut anstehen. Nationale Färbung (Dvorák ist Tschecke) erzielt er durch die Dumka, eine Art von Elegie, die in ihrer Eigenart typisch für die slawische Rasse ist.

Diese beiden Werke brachten die Herren Beersteg (1. Violine), Bohnhardt (2. Violine), Mitrau (Bratsche) und Weise (Violoncello) gestern den Zuhörern zu näherem Verständnis. Unzweifelhaft ist Herr Beersteg die dominierende Kraft des Quartetts. Doch sollte er auf ein weniger stark solistisches Hervortreten bedacht sein und mehr auf einheitliche Klangwirkung sehen. Die drei übrigen Herren hinterließen im Zusammenspiel im großen und ganzen einen günstigen Eindruck. Besonders gut gelang den vier Künstlern das zweite Beethoven-Allegretto. Hier war das Ideal des Zusammenklangs erreicht. Möge uns das Hallische Streichquartett noch öfter Stunden stiller Sammlung und Erbauung schenken.

K—w.

Ammendorf. Zwei öffentliche Versammlungen fanden am Mittwoch, den 30. Juni, statt. In Massen strömte die Ammendorfer Arbeiterschaft heran. Schon lange vor Beginn waren der große Saal und die Kolonnade gefüllt, viele mußten wieder umkehren, so daß sich die Leitung genötigt sah, die Versammlung nach dem Schillerplatz zu verlegen. Galt es doch, unseren Vorkämpfer, Genossen Kilian, wieder in unserer Mitte zu begrüßen. Die Sänger ließen es sich nicht nehmen, durch einige Lieder dem bewährten Genossen die ersten Grüße zu übermitteln. Blumen wurden ihm von allen Seiten überreicht. Die Distriktsleitung übermittelte die Grüße der Ammendorfer Arbeiterschaft. Der Genosse Kilian erwiderte allen mit herzlichen Dankesworten. Mit großer Spannung lauschte die Versammlung seinen Ausführungen. — Dann sprach Genosse Winkler und Genosse Krauscher über Nichteintreten der USP. in die Regierung, über Wohnungsnot und -elend, über den zehnprozentigen Steuerabzug, die Verteuerung der Lebensmittel, Betriebslahmlegung und über die Arbeiterentlassungen. Zum Schluß wies Genosse Schiepe nochmals darauf hin, dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Blätter aus dem Bezirk verschwinden, und jeder Arbeiter Leser des von der Arbeiterschaft selbst errichteten Volksblattes wird. — Die Versammlung war jedenfalls eine gewaltige Demonstration der Ammendorfer Arbeiterschaft, die dadurch bewies, daß sie dem so lange in schmählicher Haft festgehaltenen Genossen Kilian Treue bewahrt hat.

Zwintschöna. In einer starkbesuchten Protestversammlung nahm am 29. Juni die hiesige Arbeiterschaft gegen die unerträgliche Wohnungsnot und den zehnprozentigen Lohnabzug Stellung. In scharf umrissenen Worten wies Genosse Hildebrandt die Ursache und die Folgen der Wohnungsnot nach. Schuld an den heutigen Zuständen tragen besonders die verkehrten Regierungsmaßnahmen während des Krieges, wo man alle Bauten zu Wohnzwecken aufs äußerste einschränkte. Die Folge davon sei, daß jetzt Schwindsucht und Tuberkulose stetig im Zunehmen begriffen seien. Eine der Versammlung vorgelegte Protestresolution, in der die Sozialisierung des Baugewerbes gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. In vortrefflicher Weise geißelte sodann Genosse Hildebrandt das neue Steuerschandgesetz. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall der Versammlung.

Könnern. Die öffentliche Volksversammlung, die von unserer Parteileitung einberufen ist, findet nicht am Sonnabend, den 3. Juli, sondern am Sonntag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Bürgergarten statt. Der Distriktsführer.

Sport und Körperpflege.

Fußballspiel.

Ausscheidungsspiel der zwei besten Mannschaften im 6. Bezirk. Meldegebühren für Meisterschaften und Stafetten 2 Mk., alle andere Konkurrenzen 1 Mk., Jugend und Schüler 1 Mk.

Wir bitten die Vereine uns Nennungen der Mitglieder bis 7. August, abends 7 Uhr, und an welcher Konkurrenz die einzelnen teilnehmen wollen, zu machen: Name, Geburt und Straße sind mit anzugeben und die Meldegebühr an untenstehende Adresse zu senden. Meldungen der Fußballmannschaften, die an den Wettspielen teilnehmen, müssen bis Montag, den 5. Juli, zur Bezirkssitzung angemeldet sein. — Jeder Verein hat ein Mitglied namentlich zu melden und dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Wir ersuchen daher nochmals die Vereine, sich zahlreich an dem Wettbewerb zu beteiligen, damit auch in den Kreisen der Arbeiterschaft, welche noch dem Sport fernstehen, mehr Interesse geweckt werden kann. **Der Athletik-Ausschuß.** J. A.: Hermann Kutscher, Halle (Saale), Reichardtstraße 3.

H. F.-C. Teutonia. Sonnabend, den 3. Juli: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal — Sonntag, den 4. Juli: Kremserfahrt nach Rollsdorf, Wansleben, Teutschenthal und zurück. Abfahrt 8 Uhr: Kröllwitzer Brücke.

Allerlei.

Blitzschlag in eine Pulverfabrik.

In Rosenhain bei München schlug am Mittwochabend gegen 7 Uhr der Blitz in die Pulverfabrik von Winterholz, wobei ein Teil der Einrichtung gleich in die Luft flog. Darauf erfolgte eine Reihe kleiner Detonationen und gegen 8 Uhr eine gewaltige Detonation in der Hauptanlage, die diese vollständig zerstörte und gleichzeitig in der Stadt Tausende von Fensterscheiben zertrümmerte. Gegen 10 Uhr abends dauerten die Detonationen noch immer an. Inzwischen ist die ganze Anlage durch Sicherheitswehr abgesperrt worden. Wegen der zurzeit noch bestehenden Gefahr ließ sich noch nicht feststellen, ob Menschen verunglückt sind.

Schieben ist Trumpf!

Der Leiter des Essener Flüchtlingslagers Mudra, dem von Reichswegen sämtliche Flüchtlingslager im Reiche unterstellt sind, hat umfangreiche Unterschlagungen und Schiebungen verübt. Die verschobenen Waren, Anzüge, Kartoffeln und sonstige Lebensmittel, erreichen eine Höhe von drei Millionen Mark. Mudra wurde verhaftet.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Hans Bohle; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schader; Verlag: Volksstadt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Zeitpunkt 2009

für den **günstigsten** Einkauf von **Schuhwaren** ist gekommen!

Damenstiefel 98 Mk. **Braune Halbschuhe 138, 148 Mk.** **Herrenstiefel 148, 198 Mk.**

Segelleinenstiefel in grau und schwarz mit Ledersohle, für Kinder 27/30 **26—** 31/35 **28⁵⁰**

Ledersandalen in schwarz, für Kinder, alles Leder-Ausführung 27/30 **33—** 31/35 **37—**

Weiße Leinenschuhe **58⁰⁰ 68⁰⁰ 78⁰⁰**

Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 1112.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0007

Besonders billig!

Deutsche **Fein-Seife** Stück 4.00

Deutsche **Kern-Seife** Doppel-Stück 8.00

Kronen-Kerzen Stück 1.15

Streichhölzer Paket 3.50

Weißwaren

Moderne Lackgürtel . . . 11,75 5,75
Federrüschen, in allen Modefarben 8,75
Kinderhäubchen aus Strohborte oder Waschstoff 1,95
Elegante Jackenkragen 25,00 19,75
Ein Posten **Weißwaren** etwas angestaubt
Serie I 75 Pf. II 1.95 III 3.50 IV 5.75 V 8.75

Baumwollwaren

Hemdentuche 80 cm breit . . . . . Meter 17,50 14,50 **12,50**
Kleiderdrucks 80 cm breit . . . . . Meter **19,50**
Schürzenwarps 90 cm breit . . . . . Meter **18,75**
Piquebarchent schwere Ware . . . . . Meter **19,75**
Hemdenbarchent geköpert, 80 cm breit . . . . . Meter 24,00 **19,50**
Bettzeug kariert, Bettdeckenbreite 38,00 Kissenbreite **23,50**
Bedruckte Battiste für Blusen und Kleider . . . . Meter **9,75**
Waschmusseline 80 cm breit . . . . . Meter **12,50**
Krepons hellgestreift . . . . . Meter **19,50**
Stickereistoffe weiß . . . . . Meter **16,50**

Kurzwaren

Leinenband weiß u. grau . Meter **30** Pf.
Taillenverschlüsse . . . Stück **25** Pf.
Miederband weiß, gute Qualit. . Meter **2,50**
Gardinenschnur 20 Meter Stück **40** Pf.
Stopfgarne grau, schw. u. br. Rolle **30** Pf.
Pompadourbügel . . . . Stück **95** Pf.
Kunstseidene Tressen in allen Farben . . . . . Meter von **2,75** an

Strohsäcke Stück 7.50

Tupfenmull marine, bestickt Meter 12.00

Halbleinen 82 cm breit Meter 22.00

Scheuertücher 3 Stück 1.00

Wäsche :: Schürzen

Damen-Hemden weiß, mit breiter Stickerei 42.00
Untertaillen mit Stickerei und Hohlsaum 16.75
Herrenhemden grau Barchent . . 48.00
Weisse Zier-Trägerschürzen reich mit Stickerei 29.50
Weisse Wiener-Schürzen eleg. Ausf. 43.00

Haushalt-Artikel

Emaille-Maschinentöpfe, 20 cm 8,75
„ Konsole mit Maß . . . 6,50
„ Schöpflöffel 2,25
„ Salz- od. Mehlmeste . 2,50
„ Eiertiegel 3,95
„ Schüsseln 3,25
Zwiebelbehälter, lackiert 1,75
Aluminium-Eßlöffel . . 2,50
Staubtuchbehälter, lackiert . 2,50
Holzküchenrahmen . . 2,75
Eckbretter 3,25
Wäscheklammern . . . Schock 1,75

Wasserflaschen 2,50
Zitronenpressen . . . **95** Pf.
Steingut-Kaffeebecher . **65** Pf.
„ **Suppenschüsseln** 3,50
„ **Waschkrüge** . . . 1,25
„ **Terrinen**, rund . 3,00
„ **Kompottschüsseln** 3,75
Porzellanmilchtöpfe 55 Pf.
1 Riesenposten
Einmach-Steinbüchsen
1 Ltr. **50**, 1½ Ltr. **75**, 2 Ltr. **95** Pf.

Strümpfe

Füsslinge schwarz 5,50 **4.75**
Damenstrümpfe schwarz **12.75**
Damenstrümpfe Flor schwarz und farbig . . **16.75**
Damenstrümpfe Flor Doppelsohle, schwarz . . **19.75**
Damenhandschuhe farbig, 2 Druckknöpfe **95** Pf.

Damen-Lederschuhe von **85.00** an
Damen-Lederstiefel von **95.00** an
Leder-Spangenschuhe von **125.00** an
Herrenstiefel von **145.00** an

Leopold Nussbaum

2010

Der Preisabbau in Tabakwaren ist da

in M. Jaspers Zigarettenzentrale :: Leipziger Straße 96.

Diese Woche:

Erstklassige **65**-Pf.-Zigarren

aus reinem, edlen Tabak hergestellt.

Meine Hauptschlager:

Garantiert reiner Rauchtabak 100 Gramm 5,50 Mk. Hellgelber Zigarettentabak 50 Gramm 7 Mk.

Zigaretten: Marius, Motiv, Delta-Russen, Nebo, Chesterfield, Murratti.

Stumpen: 10 Stück 4 Mk. 2025

Max Schultze,

Halle (Saale), Moritzzwinger 3,

bietet für diese Woche folgende 4 Schlager an:

Reis, vollkörnig, blütenweiß, prima Qualität . . Pfd. Mk. **5,70**
Bohnen, weiße, sehr gut kochend . . . . . Pfd. Mk. **1,85**
Kakao, garantiert rein, prima, prima ¼ Pfd. Mk. **6,00**
Neue Matjes-Heringe Stück Mk. **1,10**

2026

Billiges Angebot

in

mod. Herren-Bekleidung

fertig und nach Maß.

Jakett-Anzüge
in verschied. Farb. 1- u. 2reihig, von **285.00** bis **450.00** ℳ

Herren-Anzüge
in Sportform, mit Gürtel, Falte und aufgesetzt. Taschen, Umschlaghose, neueste Fassons, in guten tragbaren Stoffen, ausprobierten Qualität. von **490.00** bis **750.00** ℳ

Sport-Anzüge
nach allerneuestem Schnitt, 1- u. 2 reihig, moderne Farben, Ersatz-Maßarbeit von **750.00** bis **950.00** ℳ

Sport-Mäntel, Gummi-Mäntel, Sommer-Paletots, einz. Hosen, Eisenbahn.- u. Arbeits-Hosen
sehr haltbar, reichhaltiges Lager
:: zu billigsten Tagespreisen. ::

Gestreifte Kammgarnhosen, mit und ohne Umschlag, von 150 Mk. an

bei

Moritz Rosenthal,

Leipzigerstr. 1 (altes Rathaus).

Besichtigen Sie meine Schaufenster, die sagen Ihnen alles!

2024

Moderne Landsknechte

— im neuen Gewand (gebunden) —
von **Ernst Däumig.**
Preis **2.00** Mark.
Porto 40 Pfg.

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Gesetz über Betriebsräte

mit Wahlordnung und Anhang.
Erläutert von **S. Aufhäuser.**

Preis 4,80 Mk. — Porto 40 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger des **Volksblattes Halle** und die
Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44.
Postscheckamt Leipzig Nr. 16105.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag: Mitglieder 10.00 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 7. Juli, abds. 8 Uhr, i. Volkspark: **General-Versammlung.**

Frauen- und Mädchenchor.
Jeb. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., Teilnehmer und Hinterbliebenen.: Ortsgruppe: Halle (S.)
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Restaur. Kautzsch, Martinsberg, Mitglieder-Versammlung. Montag und Donnerstag jede Woche, abends 6—7 Uhr: Rechtsauskunft.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstunden:
Dienstag und Freitag ab 6 Uhr im Johannesbad für Damen und Herren.
Sonntag, den 4. Juli, vorm. ½9 Uhr: 3000-Mtr.-Schwimmen. Treffpunkt im Bad.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Ortsgruppe:
Besuch der Ortsgruppe Jena. (Gort Gautag.) Abfahrt: Mittags 1.53 Uhr bis Jena.
Tageswanderung nach den roten Bergen. Abmarsch: Morgens 6 Uhr, v. d. Kröllwitzer Brücke.
Jugendgruppe:
Sonntag, früh ½7 Uhr: Wanderung nach Lauchstädt, v. Melanchthonplatz.
Mittags, ½4 Uhr: Besichtigung d. Provinzial-Museums. Treffen: Am Wettiner Platz.

L. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Mandol.-Gesellschaft Harmonie, Halle a. d. S.
Vereinslokal: Restaur. Selke, Dorotheenstr. 12. Jeb. Freitag: Uebungsst. Sonntag, den 4. Juli: Tagesfahrt ins Blaue. Treffpunkt: Rannischer Platz, früh 6 Uhr.

L. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

L. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.
Vereinsl.: Ulberitz Berg, Reilstraße 47. Jeb. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit."
Sonnabend, den 3. Juli, im Volkspark (kl. Saal): Sommerfest.
Sonntag, den 4. Juli: Ausfahrt nach Raßnitz. Abfahrt: 12 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts."
Vereinslokal: Volkspark.
Versammlung: Dienstag nach dem 1. im Monat.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeb. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette", Alter Markt, und „Lüderitzberg", Reilstraße.

Freie Sozial. Jugend, Halle.
Heim: Rathausstr. 16, geöffnet v. 7-10 Uhr abds.
Heute: Treffen auf der Peißnitz-Spielwiese.
Sonnabend: Funktionär-Sitzung.
Sonntag: Tagesfahrt n. der Elsteraue. Treffpunkt: Riebeckplatz. Abmarsch: Morgens 6 Uhr.
Montag: Arbeits-Gemeinschaft.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Mittwoch, den 7. Juli, ab. ½8 Uhr, i. Volkspark: **Mitglieder-Versammlung.**
Der Vorstand.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jeb. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung:

Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr.
Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Turnverein Fichte.
Radewell u. Umgegend.
Abteilung Osendorf, Dreierhaus. Turnstunde Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr.
Abteilung Ammendorf, Schützenhaus. Dienstag und Freitag v. 8—10 Uhr.
Abteilung Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr.
Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jeb. Donnerstag, abends ½9 Uhr, in Teichmanns Hotel:
— **Singestunden.** —

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". **Der Vorstand.**

+ Frauen Rettung +
Verzagt nicht bei Ausbleiben der monatlichen **Regel.** Meine Original-Mittel beseitigen dieses sofort. Werfen Sie nicht Ihr Geld für die fast täglich angebotenen, meistens wertlosen Mittel weg. Ein Versuch wird auch Sie überraschen und wieder glücklich machen. Wirkung auch in verzweifeltsten und ernsthaft. Fällen in einig. Tagen. Vollkommen unschädlich, Versand diskret mit schriftl. Garantie, sonst Geld zurück.
Ferd. Hülst, Hamburg.
Alsterdamm 2. *910

Neue Fahrräder mit prima Gummi 1000 Mk., Fahrraddecken von 100 Mk. an, Schläuche von 35 Mk. an, Kinderwagenreifen von 8 Mk. an, Gummiabsätze von 2 Mk. an, Pedale 40 Mk., Ketten 40 Mk., sowie sämtliche Ersatzteile billigst, Karbid auf Lager. 2001
Konrad Wurmstich,
Fahrradhandlung,
Merseburgerstr. 165.

Kautschukstempel, Türschilder, liefert am Tage der Bestellung. 1998
Alfred König, Stempel- u. Schilderfabrik, Halle a. S.
Fleischerstraße 24.

Lumpen, Wolle, Reutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 1999
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

1939 **Guterhalt. Möbel** preiswert zu verkaufen. E. Dippold, Advct.-Weg 16 II.

Verschiedene Plüsch-Sofas, Chaiselongue, Bettstellen, m. u. o. Matz, **Schränke, Vertikos, Spiegel** m. Schränkchen, **Flurgarderoben, Tische, Stühle, Kücheneinrichtungen, Speise- u. Schlafzimmer** verk. preiswert **Otto Bernhardt,** Herrenstraße 19. 2031

Echt Nordhäuser Kautabak, reine Rauchtabake, deutsche Zigaretten von 15 Pf. ℳ, Chesterfield, 10 Stück 5,85 Mk., empfiehlt **G. Stoermer,** Liebenauerstraße 18. 2004

Ein verstellbar. Feldbett und 1 Sportwagen zu verkaufen. 2023
Lilienstr. 5, Vorderhaus.

1 P. Schaftstiefel, Gr. 29¼ h.s. vk. Albrechtstr. 46, IV. 12008

Kompl. Schlafz. 2500 Mk. 3 Schreibt. m. Schränken. Chaiselong. 850 Mk., Plüschsofa 1200 Mk., Spiegel mit Schränkch. 500 Mk., 2 Bettstellen mit Matr., Standuhr b. z. verk. Steinweg 24. 2014

Guterh. Fahrrad, m. Gummi, für 150 Mk., Flurgarderobe, Kastenregal billig z. verk. Meißner, Steinweg 24. 2018

3 echte Bohermänner 7 Wochen alt, billig z. vk. **Meissner,** Steinweg 24.

Ansichts-Karten ernsten u. heiteren Inhalts **Volksbuchhandlung.**

1961 **Möbel-Transporte** sowie **Speditions-Fahren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 56.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200702-13/fragment/page=0008